ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

"Vorträge und Aufsätze" Heft 14

Österreich und die europäische Integration

VOR

Prof. Dr. Franz Nemschak

Leiter des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung

Wien 1960



Österreich und die europäische Integration

von

Prof. Dr. Franz Nemschak

Leiter des Osterreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung

Wien 1960



Osterreich und die europäische Integration

Gliederung

S	eite
Osterreichs wirtschaftliche Interessen	6
Außenhandelsverflechtung	6
Zollniveau	14
Wirtschaftswachstum	15
Warum Osterreich der EFIA beitrat, obwohl es wirtschaftlich viel stärker zur EWG tendiert	20
Die Aussichten auf einen "Brückenschlag" zwischen EWG und EFTA	25
Der grundsätzliche Antagonismus zwischen einer Zollunion und einer Freihandelszone — überwindbar nur auf längere Sicht .	25
Die Position wichtiger Länder im europäischen Integrationskonflikt	27
Kurze Geschichte des "Brückenschlages"	44
Primat der Politik im Integrationskonflikt	49
Lösung durch eine europäische Zollunion	50
Ergebnis und Schlußfolgerungen für Österreich	54

Osterreich und die europäische Integration

von

Prof. Dr. Franz Nemschak

Der größere Ieil dieser Abhandlung bildete den Schlußvortrag auf der Wirtschaftswissenschaftlichen Tagung in Bad Ischl am 1 Oktober

Der österreichische Nationalrat hat am 23 März 1960 mit den Stimmen der beiden Regierungsparteien OVP und SPO gegen die Stimmen der oppositionellen FPO das Übereinkommen zur Errichtung der Europäischen Freihandelszone verfassungsgemäß genehmigt. Der EFTA-Vertrag ist inzwischen, am 1. Juli 1960, in Kraft getreten. Der Bundeskanzler als Sprecher der Regierung und die Vertreter der beiden Regiezungsparteien stimmten darin überein, daß die EFTA nicht Selbstzweck, sondern nur ein Mittel zur Herbeiführung der großen europäischen Integration und zur Einigung ganz Westeuropas sein könne. Auch die großen wirtschaftlichen Körperschaften, unter ihnen die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft und die Vereinigung Osterreichischer Industrieller sowie prominente Persönlichkeiten in Wirtschaft und Politik haben wiederholt die EFTA nur als eine "Übergangslösung", als eine "Brücke" zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft der "Sechs" bezeichnet. In allen politischen Lagern schien man auch darüber einig zu sein, daß Osterreich nicht unbegrenzt lange Zeit auf den "Brückenschlag" zwischen EWG und EFTA warten kann.

Die österreichische Integrationspolitik steht und fällt also mit der Frage, ob die drohende Spaltung Europas in zwei getrennt marschierende Handelsblöcke in absehbarer Zeit überwunden werden kann. Wie sind diese Aussichten zu beurteilen? Ich stelle diese Frage bewußt in den Mittelpunkt meiner Ausführungen, weil sie nicht nur für die österreichische Integrationspolitik wichtig ist, sondern auch auf den Kern der europäischen Integrationsproblematik zielt.

Ich werde zunächst die wirtschaftliche Interessenlage Österreichs im europäischen Integrationskonflikt in Erinnerung rufen und zu erklären versuchen. warum Österreich, wiewohl rein wirtschaftliche Erwägungen eindeutig für die EWG sprachen, dennoch der EFTA beigetreten ist. Dann werde ich mich eingehender mit den Aussichten auf den sogenannten "Brückenschlag" zwischen EWG und EFTA auseinandersetzen. Es scheint mir notwendig, immer wieder an den grundsätzlichen Antagonismus zwischen einer Zollunion und einer Freihandelszone zu erinnern, der nur auf längere Sicht überwindbar ist. Eine kurze Skizze über die politische und wirtschaftliche Position der wichtigsten Länder und über die Geschichte des "Brückenschlages" seit dem Scheitern einer Großen Europäischen Freihandelszone soll es dem Leser dieser Abhandlung erleichtern, sich selbst eine fundierte Meinung über den europäischen Integrationskonflikt zu bilden, der vielleicht am ehesten auf der Basis einer europäischen Zollunion, der auch neutrale Länder wie Osterreich beitreten könnten, gelöst werden kann. Im letzten Teil werden die Ergebnisse der Untersuchung kurz zusammengefaßt und Schlußfolgerungen für Österreich abgeleitet.

Österreichs wirtschaftliche Interessen

Wie liegen die wirtschaftlichen Interessen Osterreichs im europäischen Integrationskonflikt?

Außenhandelsverflechtung

Eines der wichtigsten Merkmale für die Beurteilung der außenwirtschaftlichen Interessen eines Landes ist zweifellos der Grad seiner Außenhandelsverslechtung, insbesondere seine Import- und Exportorientierung. In dieser Hinsicht ist die Interessenlage Osterreichs so klar wie in keinem anderen westeuropäischen Land. Die österreichische Wirtschaft ist mit der der EWG-Länder weitaus am stärksten von allen Ländern verslochten Ungefähr die Hälfte der österreichischen Exporte geht in die EWG und 56% bis 57% der Importe kommen aus ihrem Gebiet. Dagegen beträgt der Anteil der EFTA-Länder an den österreichischen Gesamtexporten und -importen nur ungefähr je 12%.

Österreichs Ausfuhr in die Länder der EWG und der EFTA 1959

	Insgesamt	Davon)avon	
Warengruppe	2 411 0		VG ,	EFT	
	Mill S	Mill. S	0/ ₉	Mill. S	0/0
Ernährung	1.159 6	949 6	819	135 1	117
davon Schlachtrinder	327"9	316"9	96"6	11.0	3 4
Zucht- u Nutzrinder		224"4	93"3		_
Butter	116°1	45'5	39'2	70"5	60"7
Käse	134"4	119 2	88"7	<i>4</i> "8	3"6
Getränke und Tabak	52 1	41 6	79"8	41	79
davon Wein	25"8	19"4	75°5	0.9	.3"7
Rohstoffe	5.138 4	4.044.9	78'7	200"8	39
davon Holz	3 410 6	3 012"3	88"3	94 2	2"8
Papierzeug	666"1	546'0	82"0	<i>57"1</i>	8'6
Kunstfasern	443"5	75'5	17"0	6"7	1"5
Mineralische Rohstoffe	339 2	206"2	60.8	17"9	5"3
Brennstoffe	660 7	630 1	95 4	23 3	3 5
davon Erdölerzeugnisse	138"9	132"6	95"5	0"8	0''6
Ole und Fette	9'1	8 7	96'0	0.2	1"9
Chemikalien davon Chemische Stoffe u	991 1	207 0	20 9	102 6	10 3
Erzeugnisse a n g	627*1	86'4	138	71"3	11'4
Halb- und Fertigwaren	11 530 4	4.839 8	42 0	1 644 0	14"3
davon Papier und Pappe	1.4567	714"4	49"0	73"9	5"1
Garne und Zwirne	610"1	270*3	44.3	139"5	22"9
Gewebe (ohne Baumwoll-		***		57110	4504
gewebe)	376 4	166 6	44.3	57"8	15°4
Ziegeleierzeugnisse u. feuer- feste Baumaterialien	359"2	206'0	57"3	50°0	13.9
Eisen und Stahl	4 244 6	1 863"1	43"9	585°3	13"8
Aluminium		244"9	35"9	67"6	9"9
		198"3	21"3	109°3	11'7
Metallwaren a n g	. 9307	170)	21)	107 3	117
Maschinen und Verkehrsmittel	3 848 4	970 5	25 2	480~6	125
davon Kraftmaschinen	420°1	49"6	11"8	31"4	7.5
Bergbau-, Bau- und					
Industriemaschinen	1 424'3	417"7	29"3	141"0	9"9
Elektrotechnische Maschinen		0.448.4	24:2	4.00:1	17:0
und Apparate		241"1	24:3	169 1	17.0
Kraftfahrzeuge	<i>394</i> "0	118"0	30'0	93"6	23"8
Sonstige Fertigwaren	1.738 9	676 9	38 9	317 2	182
davon Kleidung	420'8	127°6	30°3	87"4	20'8
Verschiedene Konsum-					
fertigwaren	. 745"6	402"2	53"9	119"2	16"0
Insgesamt	25 160'9	12.398*9	49'3	2 909 1	11.6

Österreichs Einfuhr aus der EWG und der EFTA 1959

_	Insgesamt			Davon		
Warengruppe	2 5111 .0	EV		EFTA		
	Mill S	Mill. S	0/0	Mill S	0/0	
Ernährung	4 645 2	1 156 4	24 9	353 7	76	
davon Lebende Tiere	3 <i>17</i> °5	2'9	0"9	0.2	0"1	
Getreide, Müllereierzeugn						
und Backwaren	1 598 2	164'6	10"3	160'8	10"1	
Obst und Gemüse	1.177"0	616'6	52"4	13"1	1"1	
Kaffee, Tee, Kakao,						
Gewürze und Waren daraus	580"6	58"8	101	12°1	2"1	
Getränke und Tabak	288 8	89 7	31 1	6.6	2.3	
Rohstoffe ohne Brennstoffe davon Rohkautschuk, synthetischer	3.434 9	1 081 8	31'5	384 7	11 2	
u regenerierter Kautschuk	306"2	44"3	14"5	3"0	10	
Spinnstoffe und Abfälle	1 333"8	401"6	30'1	239'0	17'9	
Erze und Schrott	689'6	232"2	3.3"7	37"8	5"5	
Mineralische Brennstoffe, Energie	3.19 1 0	1 336 8	41 9	24 7	0 8	
Iierische und pflanzliche Öle und Fette	572 0	276 0	48 3	76 0	13 3	
Chemische Erzeugnisse davon Chemische Grundstoffe	2.475 7	1 697 7	68 6	355 4	14 4	
und Verbindungen Verschiedene chemische Stoffe	887"4	599°8	67"6	68'3	7"7	
und Erzeugnisse	1 023"9	739"0	72"2	150"0	14"6	
Halb- und Fertigwaren davon Garne, Gewebe, Textilfertig-	5.625 3	3 851 4	68 5	1 048 4	18 6	
waren (ohne Bekleidung)	2.151°2	1 401"8	65'2	506'5	23'5	
Unedle Metalle	1719"1	1 119 3	65 1	275 5	16"0	
Metallwaren	561'9	479"6	85 4	62"8	11.2	
Maschinen und Verkehrsmittel	7.840 1	6.185 3	78'9	990 1	12.6	
davon Maschinen	4 179 8	3.129"0	74"9	650"0	15"6	
Elektrotechnische Maschinen,	7 17 7 0).12) U	777	0,000	170	
Apparate und Geräte	1.104"0	893'5	80'9	146'6	13"3	
Verkehrsmittel	2.556"3	2.162"1	84'6	193°5	76	
Constinu Tartiamana	1 / 01 '1	1 2177	70.4	220 /	142	
Sonstige Fertigwaren davon Feinmechanische und optische	1 681 1	1 317 7	78 4	239 6	14 3	
Erzeugnisse, Uhren	612'7	435"2	71"0	121"5	19"8	
Insgesamt		16.995'3	57.2		11.7	
1110Bcouring	_,,,,,	10.7755	3, 4	2 11/2	11.	

Industrielle Fertigwaren allein, deren Erzeuger von einem Abbau der Handelsschranken besonders betroffen werden, liefert Osterreich fast dreimal so viel in die EWG wie in die EFTA. Womöglich noch stärker als die gewerbliche Wirtschaft ist die Land- und Forstwirtschaft

mit dem EWG-Raum verbunden; ihre Exporte gehen fast zu 90% in die EWG-Länder und nur zu knapp 5% in die EFTA-Länder.

Daran hat sich auch in den letzten 1³/₄ Jahren, d. h. seit der EWG-Vertrag am 1. Jänner 1959 mit zoll- und handelspolitischen Maßnahmen zu wirken begonnen hat, kaum etwas geändert. Das ist verständlich, denn die erste Etappe des Abbaues der Handelshemmnisse auf Grund des EWG-Vertrages diskriminierte Drittländer nur unbedeutend, und die zweite Etappe der Zollsenkungen und Kontingentaufstockung der EWG und die ersten Abbaumaßnahmen auf Grund des EFTA-Vertrages traten erst am 1. Juli 1960 in Kraft; sie konnten sich daher noch kaum sichtbar auswirken, zumindest nicht in den Statistiken.

Außerdem ist zu berücksichtigen, daß Westeuropa seit vielen Monaten eine kräftige Hochkonjunktur und einen ungewöhnlich starken, über viele Branchen gestreuten Exportboom erlebt, der gegenwärtig alle tieferliegenden Strukturumschichtungen überdeckt

Trotzdem ist es interessant zu beobachten, wie die Unternehmer in den einzelnen Ländern bereits jetzt die voraussichtliche Entwicklung im Integrationskonflikt in ihren Dispositionen antizipieren. Bereits 1959 und noch stärker im 1. Halbjahr 1960 sind die österreichischen Exporte

Österreichs Außenhandel mit der EWG und der EFTA 1959 und 1960 (Ursprungs- und Bestimmungsländer)

	•			•	•		
	1959		1960)	V geger	eränderu nüber Vo	ng orjahr
		I Qu.	II. Qu	III Qu ¹)	I Qu	II. Qu	III Qu.1)
		Mi	II.S		•	0/0	- '
Einfuhr							
EWG	16 995 3	4 711 2	5 148 9	5 189 6	+266	十23 9	± 22.2
EFTA	3.479 5	1.151 0	1.021 5	1 111 7	+622	+148	+27.6
		0	/o				
EWG	57 2	547	57 6	56 0			
EFTA	11.7	13 1	11 4	12.1			
		Mil	I.S				
Ausfuhr							
FWG	12.398 9	3 255 4	3.7517	3 825 0	+17.5	+169	+241
EFTA	2.909 1	8367	878 5	889 2	+359	+264	+233
		0,	/o				
EWG	49 3	48 9	51 1	51'5			
EFTA	11 6	126	12'0	12.0			
	_						

¹⁾ Vorläufige Zahlen

in die bisher vernachlässigten EFTA-Märkte relativ viel stärker gestiegen als die in die EWG-Länder. 1959 ist in die EFTA um 16% (412 Mill. S), in die EWG dagegen nur um 5% (554 Mill. S) mehr exportiert worden; im 1. Halbjahr 1960 kauften die EFTA-Länder sogar um 31% (405 Mill. S), die EWG-Länder nur um 17% (1.032 Mill. S) mehr österreichische Waren. Es fällt allerdings auf, daß in jüngster Zeit, im II. und III. Quartal der Zuwachs des Exportes in die EFTA wieder zurückgegangen, der in die EWG dagegen wieder gestiegen ist. Außerdem dürfen die imposanten prozentuellen Zuwachsraten des Exportes in die EFTA nicht überschätzt werden, in absoluten Werten sind die Zunahmen der österreichischen Exporte in die EWG noch immer viel höher als die in die EFTA.

Jedenfalls hat sich an den Strukturverhältnissen bisher wenig geändert. Der Anteil der EFTA an den österreichischen Gesamtexporten ist von 10 5% im Jahre 1958 auf 11 6% im Jahre 1959 und 12 3% im 1. Halbjahr 1960 (im III. Quartal nur 12 0%) gestiegen. Der Anteil der EWG ist von 49 6% im Jahre 1958 auf 49 3% im Jahre 1959 zurückgegangen, aber im 1. Halbjahr 1960 wieder auf 50 0% (im III. Quartal sogar auf 51 5%) gestiegen.

Man kann somit bisher noch nicht von Strukturverschiebungen sprechen, zum Teil betragen sie nur Bruchteile von Prozenten, wobei zu beachten ist, daß der Anteil der EWG- und der EFTA-Länder an den österreichischen Gesamtexporten im Konjunkturaufschwung seit 1953 wiederholt um 1% bis 2% geschwankt hat

Anteil der EWG- und der EFTA-Länder am österreichischen Export 1954 bis 1960

timmungs	

Zeit	·	EWG	EF	ΤΆ
1954		50'5	12	2 1
1955	ter ter tenterter	51 1	11	6
1956		49 4	12	2 4
1957		49 3	11	3
1958		49 6	10	5
1959		49 3	11	6
1960	Jänner bis September ¹)	50.6	12	2 2

¹⁾ Vorläufige Zahlen

Einige Beispiele der Zolldiskriminierung österreichischer Waren auf dem deutschen Markt ab 1 Jänner 1962¹)

Ware	EWG- interner Zoll	Zollbelastung der österr Ware	Diskriminie- rung (Differenz in %-Punkten)
		0/0	
Lederbekleidung	75	16	8 5
Pelzwaren	_	19	10
Papier	_	14 5	7 ⁻⁵
Andere Gewebe aus Baumwolle		13 5	6.5
Gewebe aus Zellwolle		17	8.5
Geknüpfte Teppiche	10 5	27.5	17
Stickereien		13.5	6
Gewirke als Meterware	65	1315	8
Damenblusen	75	16	8.2
Schuhe	8 5	16	7°5
Hüte	75	13 5	6
Glaswaren ,	95	19	9 5
Regler für Wasserturbinen	4	10.2	6.5
Verschiedene elektrotechnische Apparate	25	8 5	6
Drehbänke	0	5	5
Tonbandapparate	6	14	8
Möbel	6	14	8

¹⁾ Unter folgenden Annahmen: 1 Die EWG-internen Zölle werden auf 50% des Ausgangszolls gesenkt; 2 der gemeinsame Außentarif der EWG wird ebenfalls um 20% gesenkt; 3, die zweite Anpassung der nationalen Zölle der EWG-Länder an den gemeinsamen Außentarif wird durchgeführt, d h. die Differenz zwischen den nationalen Zöllen und dem gemeinsamen Tarif wird um 60% vernigert; 4. Deutschland macht seine konjunkturpolitischen Zollsenkungen aus dem Jahre 1957 ganz rückgängig Die Bedingungen 1, 3 und 4 verschärfen die Diskriminierung die Annahme 2 mildert sie

Die bisherigen Veränderungen in der Außenhandelsorientierung erlauben daher noch keinerlei Schlußfolgerungen auf lange Sicht. Die österreichische Exportsituation wird sich aber schon in absehbarer Zeit einschneidend ändern. Ende 1960 werden die EWG-Länder ihre Zölle untereinander abermals um 10% senken, ihre Kontingente weiter aufstocken und ihre nationalen Zölle dem gemeinsamen Außentarif anzugleichen beginnen. Dadurch werden besonders die Exporte in die Niederzolländer der EWG, insbesondere nach Deutschland, das mehr als ein Viertel der österreichischen Exporte aufnimmt, fühlbar betroffen werden. (Deutschland wird gleichzeitig die Hälfte seiner 25% eigen konjunkturpolitischen Zollsenkung von Jahre 1957 rückgängig machen.) Nach dem Beschleunigungsplan der EWG werden bis spätestens Ende 1961 die Intra-EWG-Zölle um 40% bis 50% abgebaut, die Kontingente

vollständig beseitigt und die nationalen Zölle der sechs EWG-Länder weitgehend an den gemeinsamen Außentarif angeglichen Verschiedene österreichische Industriewaren werden dann im EWG-Raum bereits um 6% bis 10% (einzelne Waren noch stärker) diskriminiert sein Korrespondierend mit dieser Entwicklung wird der Verschmelzungsprozeß der EWG-Wirtschaften, der sich schon in den letzten Monaten, als Drittländer kaum noch diskriminiert waren, in raschem Tempo vollzog, noch intensiver werden.

Obwohl man auf beiden Seiten bereit zu sein scheint, auf verschiedene Weise, etwa durch Einräumung von befristeten Zollermäßigungen und zollfreien Kontingenten sowie ähnliche Maßnahmen wenigstens die größten Härten im Außenhandel zwischen EWG und EFTA zu vermeiden, werden sich schon in naher Zukunft die Diskriminierungen empfindlich verschärfen. Wenn dann gar etwa die Konjunktur nachläßt (1961 ist dies durchaus möglich) und die EWG-Länder inzwischen noch mehr als heute zu einer engen Wirtschaftsgemeinschaft zusammengewachsen und entschlossen sein werden, vom Weltmarkt kommende Konjunkturrückschläge durch eine noch stärkere Mobilisierung der eigenen Kräfte wettzumachen, dann wird sich zeigen, ob und inwieweit es der österreichischen Exportwirtschaft in einer Phase der Konjunkturabschwächung möglich sein wird, den Verlust auf den EWG-Märkten durch ein stärkeres Fußfassen in den EFTA-Ländern oder auf dritten Märkten wettzumachen.

Die Aussichten der österreichischen Wirtschaft, ihre Exporte nach dem Osten auszuweiten, müssen nach den unmißverständlichen Wiener Erklärungen Chruschtschows leider skeptisch beurteilt werden. Die Sowjetunion ist offensichtlich nicht bereit, von ihrem strengen Bilateralismus abzugehen und österreichische Exportüberschüsse in konvertierbarer Währung zu bezahlen. Da jedoch der österreichische Markt für sowjetische Waren nur begrenzt aufnahmefähig ist, stößt bereits die Überleitung der bisherigen Ablöselieferungen in kommerzielle Transaktionen auf große Schwierigkeiten. Die Anfrage eines hohen Funktionärs der österreichischen Wirtschaft, ob Sowjetrußland allenfalls geneigt wäre, Österreich als Transitland für Exporte nach dem Westen zu benützen, lehnte Chruschtschow rundweg ab. Österreich wird sich künftig sicherlich bemühen, seinen Außenhandel mit dem Osten ebenso kräftig auszuweiten wie den mit Westeuropa und Übersee. Es wäre jedoch unrealistisch anzunehmen, daß Österreich im Osthandel einen

auch nur annähernd vollwertigen Ersatz für seine im EWG-Raum verlorenen Märkte finden wird

Wir dürfen aber nicht nur gebannt auf die Exporte blicken, sondern müssen auch die Importseite gebührend beachten. Vor ungefähr einem Jahr erklärte ich in einem Vortrag¹), daß die räumliche Nähe und damit auch niedrige Frachtkosten, langjährige Geschäftsverbindungen, bessere Marktkenntnisse, zahlreiche persönliche Kontakte, mit unserem wichtigsten Handelspartner Deutschland auch die gemeinsame Sprache und Kultur, nicht nur das Expandieren der österreichischen Exporte in den EWG-Raum, sondern umgekehrt auch das Vordringen der EWG-Konkurrenz in Osterreich begünstigen. Ich sprach damals die Befürchtung aus, daß Osterreich auch als Außenseiter der EWG und als Mitglied der EFTA dem Konkurrenzdruck der EWG-Länder — sei es in Form von Warenimporten, die auch die hohen österreichischen Zölle überspringen werden, sei es in Form von ausländischen Betriebsgründungen oder Beteiligungen in Osterreich — nicht wird entgehen können, ohne dafür die Vorteile des größeren Marktes einzutauschen.

Ich fürchte, daß sich diese Entwicklung bereits abzeichnet. Die EWG-Länder haben in den letzten Jahren nicht nur den eigenen Integrationsprozeß stürmisch vorangetrieben, sondern gleichzeitig auch eine beachtliche Kraft entwickelt, ihre Exporte in Drittländer zu steigern, wie u. a. die starke Zunahme der österreichischen Importe aus dem EWG-Raum zeigt. So konnten die EWG-Länder 1959 ihren Anteil an den österreichischen Importen von 54 3% auf 57 2%, d. h. um 1 8 Mrd. S erhöhen, und im 1. Halbjahr 1960 waren die Einfuhren aus den EWG-Ländern bereits um fast 2 Mrd. S höher als im 1. Halbjahr 1959. Dagegen sind die Importe aus den EFTA-Ländern in den gleichen Zeiträumen nur um 340 Mill. S und 573 Mill. S gestiegen, kaum um ein Viertel der Importzuwächse aus der EWG, obwohl den österreichischen Unternehmern eine stärkere Umschichtung der Importe von den EWG-Ländern auf die EFTA-Länder nahegelegt wurde.

Gelegentlich wird die Meinung vertreten, daß Österreich gegenüber der EWG eine starke handelspolitische Position besitze, weil es aus der EWG (insbesondere aus Deutschland) bedeutend mehr Waren bezieht

^{1) &}quot;Die Zukunft der österreichischen Wirtschaft", Vortrag, gehalten am 4. Bundeskongreß des Österreichischen Gewerkschaftsbundes am 24. September 1959 in Wien Veröffentlicht in der Schriftenreihe "Vorträge und Aufsätze", Heft 12, des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung

als dorthin ausführt. Österreich befinde sich in der starken Position des Käufers, der sich seine Bezugsquellen aussuchen könne. Ich glaube, daß diese Überlegungen, mit dem leichten Unterton einer Drohung, zumindest teilweise auf einem Trugschluß beruhen. Seine Majestät, der österreichische Käufer als Konsument, Händler oder Produzent, hat offenbar triftige Gründe, Waren aus den EWG-Ländern zu bevorzugen. In der von mengenmäßigen Kontingentierungen mehr und mehr befreiten Marktwirtschaft entscheidet grundsätzlich der Käufer, nicht die staatliche Wirtschaftspolitik, von wo importiert wird. Man kann sich auch schwer vorstellen, daß sich die Regierung im Zeitalter der fortschreitenden Liberalisierung auf einen offenen oder versteckten Handelskrieg gegen die EWG-Länder einlassen wird, aus denen jährlich mehr als 80% der ausländischen Gäste kommen, mit deren Devisen die Einfuhrüberschüsse im Außenhandel beglichen werden. Wir würden nicht nur gegen den Geist und die Spielregeln der europäischen Integration sündigen, die im Grunde eine liberale Konzeption ist, gleichgültig ob sie über die EWG oder die EFTA angestrebt wird, sondern wir schnitten uns auch in das eigene Fleisch, und wir säßen jedenfalls am kürzeren Hebel. Man sollte daher lieber nicht mit der starken Käuferposition Osterreichs gegenüber der EWG auftrumpfen.

Zollniveau

Soweit die österreichische Export- und Importsituation. Neben dem Grad der Außenhandelsverflechtung spielt auch die Höhe der Zölle für die Stellung der einzelnen Länder im europäischen Integrationskonflikt eine wichtige Rolle. Begreiflicherweise sträuben sich Länder mit relativ niedrigen Zöllen, wie die Schweiz, hartnäckig gegen die Einordnung in einen Markt, der durch einen viel höheren gemeinsamen Außentarif geschützt werden soll. Zollerhöhungen verteuern die Produktionskosten, nämlich Preise und Löhne, mindern den Geldwert und verschlechtern die internationale Arbeitsteilung und Wettbewerbsfähigkeit. In einer Freihandelszone dagegen behalten Länder mit niedrigen Zöllen nicht nur ihren Wettbewerbsvorsprung gegenüber Ländern mit höheren Außenhandelszöllen, sondern profitieren obendrein davon, daß die Warenströme aus Drittländern, einschließlich Übersee, den Weg über die niedrigsten Zölle in den Integrationsraum suchen. Daher gibt es auch im Niederzolland Deutschland viele Leute, die eine große europäische Freihandelszone der Zollunion der EWG vorgezogen hätten.

Ganz anders ist die Situation in Österreich. Unser Land schützt seine Erzeuger mit relativ hohen Zöllen vor der ausländischen Konkurrenz-Sie sind im Durchschnitt wahrscheinlich (ein exakter Zollvergleich ist zu schwierig) um einige Punkte höher als der künftige gemeinsame Außentarif der EWG. Bei einer Zollangleichung müßte Österreich daher verschiedene Zollpositionen senken. Für die betroffenen Branchen und Betriebe mag dies unangenehm sein. Andererseits würde die billigere Versorgung mit Importgütern aller Art die Inlandskonkurrenz verschärfen, die Produktions- und Lebenshaltungskosten senken und damit auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit Osterreichs verbessern. Da jedoch das österreichische Zollniveau nicht übermäßig höher ist als der künftige Außentarif der EWG (bei einzelnen Positionen mögen vielleicht größere Unterschiede bestehen), sind im Falle einer Zollangleichung wahrscheinlich keine ernsthaften Störungen zu befürchten. Osterreich würde nur einen Schritt in Richtung einer stärkeren Liberalisierung seiner Wirtschaft unternehmen, sich dabei aber doch einen relativ wirksamen, mit den GATT-Regeln vereinbaren Schutz gegenüber Drittlandern sichern.

Während sich also für Österreich eine Zollunion mit der EWG förmlich aufdrängt, ist es als Hochschutzzolland in einer Freihandelszone aus den gleichen Gründen Leidtragender, wie die Niederzolländer in ihr Nutznießer sind. Denn in einer Freihandelszone werden Waren aus Drittländern über Länder mit niederen Zöllen in Länder mit hohen Zöllen eingeschleust, ein Vorgang, der bei relativ liberal gehandhabten Ursprungszeugnissen nicht verhindert werden kann. Nur eine Harmonisierung der neuralgischen Außenzölle der Freihandelszone könnte dieses Übel vermeiden. Diese Möglichkeit wurde in den letzten Monaten gelegentlich diskutiert. Wie nicht anders zu erwarten ist, sind die Niederzolländer allenfalls bereit, einer Harmonisierung der Außenzölle der westeuropäischen Länder auf einem möglichst niedrigen Niveau, nicht aber auf dem relativ hohen Niveau des gemeinsamen Außentarifs der EWG zuzustimmen.

Wirtschaftswachstum

Nicht zuletzt muß bei der Entscheidung, welchen Weg Osterreich in der Frage der europäischen Integration einschlagen soll, der Faktor der wirtschaftlichen *Dynamik* in die Waagschale gelegt werden. Die Dynamik einer Wirtschaft spiegelt sich vor allem im Wachstumstempo

seiner Produktion und seines Außenhandels, schließlich in der Entwicklung seines Sozialproduktes.

Es kann kein Zweifel bestehen, daß die EWG-Länder viel dynamischer sind als die EFTA-Länder; von 1950 bis 1959 ist die Industrie-produktion in den EWG-Ländern um 91%, in den EFTA-Ländern (ohne Portugal und Schweiz, für die es keine Produktionsindizes gibt) dagegen nur um 33% gestiegen. Dieser große Unterschied kann teilweise damit erklärt werden, daß die EWG-Länder größere Kriegsschäden und daher einen stärkeren Nachholbedarf hatten als die Länder der EFTA Auch in den letzten Jahren (und im 1. Halbjahr 1960), als die Behebung von Kriegsschäden nur noch eine geringe Rolle gespielt haben dürfte, wuchs die Industrieproduktion in den EWG-Ländern mehr als doppelt so stark wie in den EFTA-Ländern (Die EWG-Kommission rechnet für das ganze Jahr 1960 mit einer durchschnittlichen Zuwachsrate von 11%).)

Produktions- und Exportvolumen der EWG- und der EFTA-Länder 1950 bis 1959

	1959				
	duktions- olumen	Export- volumen	Produktions- volumen	Export- volumen	
	1950 =	100	1953 =	100	
Osterreich	181	275	156	190	
Dänemark	138	18 7	135	153	
Norwegen	148	159	130	143	
Portugal		147			
Schweden	. 129	152	123	150	
Schweiz		196		151	
Großbritannien	. 130	114	122	121	
EFTA insgesamt	133	136	125	134	
Belgien Luxemburg		186	119) 127}	154	
Frankreich	. 171	174	152	164	
Bundesrepublik Deutschland	225	383	162	222	
Italien	203	251	158	231	
Niederlande	158	229	139	167	
EWG insgesamt	191	245	153	189	

Quellen. Produktionsvolumen: General Statistics OEEC 1960 Nr 4. Part. II. EFIA insgesamt ohne Portugal und Schweiz

Exportvolumen: Foreign Trade OEEC, Serie A. August 1960 Portugal und EFIA insgesamt wurde geschätzt Ähnlich wie die Industrieproduktion expandiert auch der Außenhandel der EWG-Länder viel kräftiger als jener der EFTA-Länder. 1959 stieg die Ausfuhr der EWG insgesamt um 11%, in den EFTA-Ländern nur um 5%; auch im 1 Halbjahr 1960 war der Exportzuwachs in der EWG mit 25% doppelt so stark wie in der EFTA. Besonders die Verdichtung der Handelsbeziehungen zwischen den einzelnen EWG-Ländern vollzieht sich in einem Tempo, das alle Erwartungen übertrifft. Nachdem bereits in der zweiten Hälfte 1959 der Intra-EWG-Handel um 28% gewachsen war, erreichte die Zuwachsrate im 1 Halbjahr 1960 sogar 34%! Dagegen betrug die Zuwachsrate in den EFTA-Ländern in der gleichen Zeit nur 10% und 17%.

Gewiß, auch die Expansion des österreichischen Außenhandels kann sich sehen lassen: Im 1. Halbjahr 1960 sind die Einfuhren insgesamt um 27% und die Ausfuhren um 18% gestiegen. Damit wurde zum Teil freilich nur der Rückgang der Exporte im Jahre 1958 (— 6%) und die relativ geringe Zunahme im Jahre 1959 (5%) aufgeholt.

Im ganzen jedoch muß festgehalten werden, daß Osterreich in den letzten beiden Jahren im Wachstum der Industrieproduktion, des Außenhandels und des Brutto-Sozialproduktes gegenüber dem Durchschnitt der EWG-Länder ins *Hintertreffen* geraten ist. Das war nicht immer der Fall, denn bis 1958 stand Osterreich im Wachstum seiner Wirtschaft knapp hinter der Bundesrepublik Deutschland an der Spitze

Industrieproduktion und Exportvolumen in Österreich und in der EWG
1958 bis 1960

	Industrieproduktion 1959 1 Hbj 1960		Exp	ortvolumen	
	1959	1 Hbj 19	960	1959	1. Hbj. 1960
		1	958=	100	
Osterreich	104	109		107	117
Belgien	103	112	1	112	
Luxemburg	105	115	ſ	113	*
Frankreich	105	121		120	141
Bundesrepublik Deutschland	107	115		114	126
Italien	110	125		122	143
Niederlande	109	122		114	128
EWG zusammen	106	119		117	133

Quellen Für Österreich: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung Für EWG-Länder: Industrieproduktion: General Statistics OEEC, Part I, August 1960 Exportvolumen: Foreign Trade OEEC Serie A August 1960 aller OEEC-Länder Wohl lag Osterreich im Realeinkommen pro Kopf vor Italien noch an vorletzter Stelle Die günstige Entwicklung in den Fünfzigerjahren rechtfertigte jedoch die Hoffnung, daß Osterreich in absehbarer Zeit an das Niveau der leistungsfähigeren westlichen Länder aufrücken werde

In diesem Zusammenhang muß auch darauf hingewiesen werden, daß die Zahlungsbilanz den Wachstumsspielraum einengt. Nach einer bemerkenswert günstigen Entwicklung in den Jahren nach der Stabilisierung der Währung hat sich die österreichische Zahlungsbilanz seit Herbst 1959 merklich verschlechtert. Im 1. Halbjahr 1960 sanken die valutarischen Bestände der österreichischen Wirtschaft um 12 Mrd. Schilling; bis Jahresende ist nach vorsichtigen Schätzungen mit einem Abgang von 11/2 Mrd S zu rechnen. Das Passivum in der Zahlungsbilanz hat bisher vorwiegend konjunkturelle und zufällige Ursachen, auf die ich hier nicht näher eingehen möchte. Die zunehmende Diskriminierung der österreichischen Exporte im EWG-Raum läßt jedoch befürchten, daß das zunächst konjunkturbedingte Defizit in ein strukturelles Defizit ausartet. In diesem Falle könnte sich die Wirtschaftspolitik – um das außenwirtschaftliche Gleichgewicht zu sichern — früher oder später zu scharfen Restriktionsmaßnahmen genötigt sehen, die unvermeidlich das Wachstum der Wirtschaft drosseln und die Vollbeschäftigung zumindest sehr erschweren würden.

Daß es keineswegs gleichgültig ist, ob unser Sozialprodukt jährlich um 1% oder 1½% rascher oder langsamer wächst, kann durch eine einfache Rechnung vor Augen geführt werden: Bei einem durchschnittlichen jährlichen Wachstumstempo von 3% würde das österreichische Sozialprodukt von 135 Mrd. S im Jahre 1959 auf 161 Mrd. S im Jahre 1965 und auf 216 Mrd. S im Jahre 1975 zunehmen; bei einer Wachstumsrate von 4% (4½%) betrüge das Sozialprodukt im Jahre 1965 170 Mrd. S (175 Mrd. S) und im Jahre 1975 252 Mrd. S (272 Mrd. S). Der Unterschied von nur einem oder anderthalb Prozent betrüge also im Jahre 1965 bereits 9 Mrd. S und 14 Mrd. S, und im Jahre 1975 sogar schon 36 Mrd. S und 56 Mrd. S.

Diese Aspekte sind alarmierend. Vom rascheren oder langsameren Wachsen unserer Wirtschaft hängt die Zukunft, das Schicksal unseres Landes ab Mit den Milliardenwerten, um die es hier geht, könnten vorbildliche soziale Einrichtungen geschaffen, die Neutralität besser gesichert, das Schulwesen reformiert, Wissenschaften und Forschung ge-

fördert, kurz die geistige Aufrüstung, die wir so dringend benötigen, wenn wir uns im Spannungsfeld der geistigen Strömungen des Westens und Ostens behaupten wollen, finanziert werden. Bleiben wir jedoch hinter der wirtschaftlichen Entwicklung der Nachbarländer, insbesondere hinter Deutschland zurück, dann könnte gerade das eintreten, was man durch ein Fernbleiben von der EWG vermeiden wollte, nämlich, daß unsere Jugend wieder mit Bewunderung über die Grenzen im Norden zu blicken beginnt, auf ein Land, in dem ihr bedeutend bessere Entwicklungs- und Aufstiegsmöglichkeiten geboten werden als im eigenen Wir werden dann nicht verhindern können, daß gerade unsere fähigsten Köpfe abwandern und die Jugend ihre Ideale in anderen Ländern sucht. Übersehen wir aber gleichzeitig nicht die beunruhigende Dynamik des Ostens, die uns vielleicht schon in absehbarer Zeit materiell und geistig nicht weniger zu schaffen machen wird als die Dynamik des Westens, dem wir uns zugehörig fühlen

Warum Österreich der EFTA beitrat, obwohl es wirtschaftlich viel stärker zur EWG tendiert

Wie ist es zu erklären, daß Österreich trotz dieser eindeutigen wirtschaftlichen Interessenlage schließlich doch der EFTA beitrat? Ich möchte im folgenden dieses einigermaßen erstaunliche Phänomen objektiv-sachlich, wenigstens teilweise zu erklären versuchen:

Rückschauend kann man feststellen, daß die Entscheidung für die EFTA bereits vor einigen Jahren gefallen ist, und zwar durch einen Beschluß der Bundesregierung, die schon im Februar 1957 - knapp vor Unterzeichnung des EWG-Vertrages in Rom (März 1957) — durch den damaligen Außenminister L. Figl im Ministerrat der OEEC in Paris offiziell erklären ließ, daß Österreich grundsätzlich bereit sei, an der Schaffung einer Europäischen Freihandelszone mitzuwirken. Wir müssen objektiv und fair berücksichtigen, daß diese Erklärung in einer Zeit abgegeben wurde, als man über den Weg der europäischen Integration vielfach noch im Dunkeln tappte, als man noch berechtigte Zweifel am Funktionieren der EWG haben konnte und den tieferen Konflikt zwischen der von Frankreich geforderten Zollunion und der von England vertretenen Freihandelszone noch nicht klar erkannte. Man muß vor allem auch berücksichtigen, daß Osterreich zu diesem Zeitpunkt erst kaum 11/2 Jahre den Staatsvertrag hatte, der unser Land bekanntlich verpflichtet, keine wie immer geartete politische oder wirtschafliche Vereinigung mit Deutschland einzugehen und seine immerwährende Neutralität aufrechtzuerhalten.

Ich möchte hier nicht neuerdings die Frage aufrollen, ob es seinerzeit klug und opportun war, aus freien Stücken das Völkerrecht hinsichtlich der Verpflichtung eines neutralen Staates so engherzig zu interpretieren, daß der Außenpolitik praktisch jede Manövrierfähigkeit genommen wurde und der Beitritt zur EFTA als einzig mögliche Alternative erschien. Wohl aber kann man verstehen, daß der junge Staat, der eben erst nach langjähriger Besetzung durch fremde Mächte seine Freiheit und Unabhängigkeit wiedergewonnen hatte, in seiner Außenwirtschafts-

politik zunächst vorsichtig operierte, alles vermied, was den Unmut der einen oder anderen Großmacht hätte herausfordern können und sich daher für die wirtschaftlich lockere und politisch scheinbar indifferente Integrationsform der Freihandelszone entschied (Ich möchte hier nur in Paranthese bemerken, daß auch der EFTA von Anfang an ein politisches Konzept zugrunde lag, daß sich vor allem England mit ihr ein politisches Instrument schaffen wollte. Übrigens gehören nicht nur der EWG, sondern auch der EFTA NATO-Staaten an. Ich erwähne dies nur, weil auch in Östererich einige Zeit die Version vertreten wurde, nur die EWG verfolge politische Ziele und käme daher allein schon aus diesem Grunde für Österreich nicht in Frage.)¹)

Zweifellos spielte und spielt bis zum heutigen Tage auch der Umstand eine wichtige Rolle, daß die beiden anderen neutralen Staaten Europas, die Schweiz und Schweden, wenn auch mit Rücksicht auf ihre ganz anderen Interessen, der Freihandelszone den Vorzug gaben. In dieser Situation schien der österreichischen Regierung die Europäische Freihandelszone, aus der sich später die EFTA entwickelte, die relativ beste Lösung zu sein. Mit dieser Entscheidung aber waren praktisch die Geleise nach Stockholm gelegt Vielerlei trug dazu bei, daß Österreich in der Folge nicht mehr aus dieser Spur ausscherte.

Wenn wir uns selbstkritisch prüfen, müssen wir zugeben, daß der EFTA-Vertrag der österreichischen Mentalität viel mehr entspricht als der EWG-Vertrag Der EFTA-Vertrag ist in seiner Art ein diplomatisches Meisterwerk Er verspricht in Artikel 2 seinen Partnern die gleichen Vorteile wie der FWG-Vertrag: dauerndes Wachstum der Wirtschaft, Vollbeschäftigung, Steigerung der Produktivität, rationelle Ausnützung aller Hilfsquellen, finanzielle Stabilität, stetige Verbesserung des Lebensstandards, gerechte Wettbewerbsbedingungen, harmonische Entwicklung und Ausbreitung des Welthandels, fortschreitende

¹⁾ Der britische Handelsminister R. Mandling schrieb im Mitteilungsblatt der britischen Handelskammer für die Schweiz am 6. September 1960 u a.: "Der Stockholmer Vertrag und die EFTA sind jetzt ein grundlegender Bestandteil der britischen Politik." Das Ziel der EFTA sei nicht nur die Schöpfung eines einheitlichen Handelsgebietes, sondern auch eine Organisation, welche die sieben Länder in die Lage versetzten wird, "in politischen Fragen enger zusammenzuarbeiten". Auch der Schweizer Bundespräsident M. Petitpierre hob auf der jüngsten Tagung des Ministerrates der EFTA in Bern am 12. Oktober 1960 den politischen Charakter der EFTA hervor. Obwohl die EFTA wirtschaftliche und soziale Ziele verfolge, dürfe man nicht außer acht lassen, daß sie auch eine gewisse politische Bedeutung habe, nämlich für die Einigung Europas (Unterstreichungen vom Verfasser)

Beseitigung aller Handelshemmnisse usw. Er gibt seinen Mitgliedern aber gleichzeitig die Hoffnung, daß diese Ziele scheinbar ohne größere Opfer und Anstrengungen, ohne Beschränkung der Handlungsfreiheit, ohne Bürokratie und ohne Lenkung, kurz ohne Preis zu erreichen seien, daß man sich alles schon irgendwie werde richten können und im großen und ganzen alles beim Alten bleiben werde.

Für den EFTA-Vertrag typisch ist auch die Art und Weise, wie er die Landwirtschaft, das vielleicht schwierigste Problem der europäschen Integration, behandelt. Obwohl bekanntlich die Landwirtschaft aus dem EFTA-Vertrag grundsätzlich herausgenommen wurde (was allerdings gegen die GATT-Vorschriften verstößt), widmet er einige Artikel der Landwirtschaftspolitik Auch hier wird der Eindruck erweckt, als würde die EFTA die gleichen Ziele verfolgen wie die EWG: Steigerung der Produktivität, Förderung einer rationellen und wirtschaftlichen Entwicklung der Etzeugung, angemessene Stabilität der Märkte, hinreichende Versorgung der Verbraucher zu angemessenen Preisen, Sicherung eines angemessenen Lebensstandards der in der Landwirtschaft tätigen Menschen. Aber während die EWG die verschiedenen Probleme, vor allem die Verbesserung und Anpassung der Agrarstruktur in den einzelnen Ländern praktisch anpackt und einzelnen Ländern (Deutschland!) schwere Opfer zumutet, sich jedoch gleichzeitig durch ihre Organe bemüht, die unvermeidlichen Härten durch geeignete Maßnahmen in erträglichen Grenzen zu halten, bleibt im EFTA-Vertrag alles unverbindlich, unpräzise, vage. Den Mitgliedstaaten wird lediglich empfohlen, auf die Interessen und traditionellen Handelsbeziehungen anderer Mitgliedstaaten gebührend Bedacht zu nehmen.

Das leidige Problem der Ursprungszeugnisse, die verhindern sollen, daß Waren über Niederzolländer in Länder mit hohen Zöllen eingeschleust werden, wird im EFTA-Vertrag scheinbar sehr kompliziert, praktisch aber doch großzügig und leger geregelt. Ob eine Ware als privilegierte Zonenware anzusprechen ist oder nicht, kann wahlweise nach dem Ursprungs-, Verarbeitungs- oder dem Wertzuwachs-Kriterium (50% oder mehr) entschieden werden, wobei es für bestimmte Waren (z. B. Textilien) Ausnahmen gibt Die Ursprungszeugnisse können ebenfalls wahlweise entweder von einer Regierungsstelle oder von einer staatlich autorisierten Körperschaft (z B Handelskammern) oder von den Exporteuren selbst ausgestellt werden. Das Empfangsland einer Ware kann, wenn es Bedenken hat, die Ursprungszeugnisse beliebig oft als unzureichend an das Ausfuhrland zurückweisen. Beanstandete Waren sind in der Regel freizugeben, es kann jedoch eine Sicherstellung für den eventuell zu zahlenden Zoll verlangt werden. Für strittige Ursprungsfragen gibt es kein Schiedsgericht, auch der Rat der EFTA befaßte sich nicht damit, die konkreten Streitfragen sollen vielmehr auf bilateralem Wege zwischen den Export- und Importländern bereinigt werden Handelsverzerrungen, die aus ungleichen nationalen Zöllen entstehen, sollen möglichst durch einen "Kodex des Wohlverhaltens" vermieden werden Daß Niederzolländer über diese (einigermaßen fadenscheinige) Regelung der Ursprungszeugnisse befriedigt sind, ist verständlich. Weniger verständlich ist die Zustimmung von Hochschutzzolländern wie Osterreich. Die Praxis wird lehren, wie die Utsprungszeugnisse funktionieren werden

Daher hat der EFTA-Vertrag in allen Ländern, nicht zuletzt in Österreich, zahlreiche Anhänger, die sich von seiner unverbindlichcharmanten Art und seinen elastischen Ausweichmöglichkeiten angesprochen fühlen und im Grunde die EFTA gerne der viel strengeren,
Illusionen weniger Raum gebenden EWG vorziehen.

Es war für das nationale Prestige sicherlich auch sehr schmeichelhaft, daß sich das große England um die Bundesgenossenschaft des kleinen Österreichs sichtlich bemühte, daß prominente englische Minister Osterreich die Ehre ihres Besuches erwiesen und umgekehrt österteichische Minister nach England und in die skandinavischen Staaten eingeladen und hier mit größter Achtung behandelt wurden, während sich die EWG um uns viel weniger kümmerte. Man hätte dabei freilich nicht übersehen dürfen, daß England auf dem europäischen Kontinent Partner brauchte, um die ganz auf seine politischen und wirtschaftlichen Interessen zugeschnittene Konzeption der Europäischen Freihandelszone durchzusetzen, während die EWG weitere Mitglieder zunächst leicht entbehren kann. Im übrigen stimmt die Behauptung gar nicht, daß sich die EWG um den Beitritt oder um Assoziierungen weiterer europäischer Länder nicht bemüht hat. Abgesehen davon, daß gemäß § 238 des Rom-Vertrages alle westeuropäischen Länder permanent eingeladen sind, der EWG beizutreten oder sich mit ihr zu assoziieren, liegen Erklärungen maßgeblicher Persönlichkeiten vor, wonach die EWG auf die völkerrechtlichen und politischen Verpflichtungen der neutralen Staaten selbstverständlich gebührend Rücksicht nehmen wiirde.

Die Haltung der EWG gegenüber Osterreich wurde überdies in einem Gespräch geklärt, das Prof. Dr. W Taucher (Graz) in inoffizieller Mission mit dem Präsidenten der EWG-Kommission Prof. Dr. W Hallstein im Dezember 1959 führte. Bei dieser Gelegenheit versicherte der Präsident der EWG, daß Osterreich als freier Partner willkommen und die EWG im Falle einer engeren Zusammenarbeit (Assoziierung) gewillt ist, den politischen (neutralitätsrechtlichen) Status unseres Landes in vollem Maße zu respektieren. Osterreich könne damit rechnen, daß es in allen Fragen, welche die Neutralität auch nur tangieren könnten, nicht den supranationalen Behörden des Gemeinsamen Marktes unterstehen würde. Durch Sondervereinbarungen könnten auch alle möglichen Bedenken Osterreichs hinsichtlich seines Osthandels berücksichtigt werden. Die wesentliche Voraussetzung einer Verständigung wäre allerdings eine

gemeinsame Zollinie (die conditio sine qua non der EWG!). Mehr kann von der EWG nicht erwartet werden. Es wäre töricht zu glauben, die EWG werde das Odium auf sich nehmen und einzelne Länder aus der EFTA herauszubrechen suchen. Das hat sie doch nicht nötig, sie wird doch nicht neue Animositäten gegen sich mobilisieren und zu ihren ohnehin nicht geringen Sorgen neue Schwierigkeiten heraufbeschwören. Für uns ist es jedoch wichtig zu wissen, daß eine ehrlich gemeinte Initiative Osterreichs von der EWG positiv aufgenommen würde. Man kann die inoffizielle Sondierung Prof. Tauchers nicht einfach als ein unverbindliches und überflüssiges Gespräch abtun. Die Regierung hat es jederzeit in der Hand, offiziell die Probe auf das Exempel zu machen. Natürlich müßte dahinter ein ehrlicher politischer Wille stehen. Je länger dieser auf sich warten läßt, um so größer werden auf beiden Seiten objektiv die Schwierigkeiten einer Assoziierung.

Um den Beitritt Österreichs zur EFTA vollends verständlich zu machen, muß schließlich erwähnt werden, daß neben der gewiß echten Sorge um die Neutralität, wie wir wissen, auch parteipolitische Überlegungen und Ressentiments den außenpolitischen Kurs Österreichs in der Frage der europäischen Integration entscheidend beeinflußt haben.

Die Aussichten auf einen "Brückenschlag" zwischen EWG und EFTA

Welche Aussichten hat nun tatsächlich der vielzitierte "Brückenschlag" zwischen EWG und EFTA, auf dem, wie ich eingangs ererwähnte, die österreichische Integrationspolitik basiert? Ich meine eine wirklich multilaterale Assoziierung zwischen EWG und EFTA, nicht nur gelegentliche kleinere Konzessionen und Aushilfen, befristete Zollkontingente und ähnliches, was man vielleicht auch, euphemistisch, als "Brückenschlag" bezeichnen könnte.

Der grundsätzliche Antagonismus zwischen einer Zollunion und einer Freihandelszone — überwindbar nur auf längere Sicht

Vor einem Jahr habe ich in einem Vortrag1) zu erklären versucht, warum es zwischen einer Zollunion wie der EWG und einer Freihandelszone wie der EFTA einen "Brückenschlag" im Sinne einer Verschmelzung der beiden Integrationsformen nicht geben kann. Im Falle einer Assoziierung würde entweder die Freihandelszone obsiegen und die Zollunion sprengen, indem sie von innen her den gemeinsamen Außentarif der Zollunion aushöhlt und zu einer bloßen Fassade macht. (Diese Entwicklung ließe sich nur durch eine sehr rigorose Handhabung der Ursprungszeugnisse vermeiden, d. h. durch ein schikanöses Verfahren, das wahrscheinlich übler wäre als die Handelshindernisse, die man beseitigen will, und den Intentionen einer liberalen Freihandelszone ganz und gar widerspräche.) Oder aber die Zollunion bleibt intakt, dann kann sie sich mit einer Freihandelszone nur assoziieren, wenn die Länder der Freihandelszone bereit sind, ihre Zölle dem Niveau des gemeinsamen Außentarifs der Zollunion anzugleichen. Damit aber verschwände die Freihandelszone von der Bildfläche.

Ich hatte damals den Antagonismus zwischen einer Zollunion und einer Freihandelszone absichtlich übermäßig scharf profiliert, weil ich

¹⁾ Siehe Fußnote S. 13

den Nebelschleier zerreißen wollte, der sich um die Zauberformel "multilaterale Assoziation" gebildet hatte. Ich wollte verhindern, daß wir uns Illusionen über die kurzfristigen Assoziierungsmöglichkeiten von EWG und EFTA — seither hat sich die Bezeichnung "Brückenschlag" eingebürgert — machen

Dagegen schien mit auf längere Sicht eine Überwindung der bedauerlichen Spaltung Europas in zwei Wirtschaftsblöcke in der Weise möglich zu sein, daß einerseits die EWG eine liberale Politik verfolgt, ihre Außenzölle allmählich senkt und die Kontingente auch gegenüber Drittländern aufstockt. Auf der anderen Seite müßten die EFTA-Länder ihre unterschiedlichen Außenzölle untereinander und im Laufe der Zeit auch gegenüber den EWG-Ländern harmonisieren, so daß die leidigen Ursprungskontrollen und Handelsverzerrungen vermieden würden. Auf diese Weise könnte im Laufe der Zeit, so meinte ich, eine Große Europäische Freihandelszone entstehen, die mit einer Zollunion große Ahnlichkeit hätte. Diese müßte allerdings noch durch andere wirtschaftspolitische Maßnahmen (Koordinierung und Harmonisierung der Handels- und Wirtschaftspolitik) untermauert werden.

Inzwischen hat meine vor Jahr und Tag geäußerte Befürchtung einer Spaltung Europas in zwei rivalisierende Handelsblöcke greifbare Gestalt angenommen, und der Gedanke einer westeuropäischen Zollunion, die auch Ländern offensteht, die aus irgendwelchen Gründen nicht Vollmitglieder der EWG werden wollen oder können, wird heute auch in Kreisen ernsthaft diskutiert, die vor kurzem noch das Heil in einer europäischen Freihandelszone erblickten.

Wir befinden uns gegenwärtig in einer merkwürdigen Situation. Während man sich nach dem Scheitern der Verhandlungen zwischen EWG und EFTA allenthalben darüber Rechenschaft gibt, daß Westeuropa wahrscheinlich für nicht absehbare Zeit in zwei Handelsblöcke gespalten bleiben wird, tauchen in den Zeitungen, manchmal in Balkenlettern, immer wieder Außerungen, Pläne und Vermittlungsvorschläge prominenter Politiker, Wirtschafter und Nationalökonomen auf, die beim Leser die Vorstellung suggerieren, daß der "Brükkenschlag" zwischen EWG und EFTA in greifbare Nähe gerückt sein Der in jüngster Zeit wieder kolportierte Vorschlag, die EWG möge der EFTA beitreten, kann unter den gegebenen Verhältnissen nicht ernst genommen werden. Wenn die EWG (sprich Frankreich) schon vor zwei Jahren nicht bereit war, eine große Freihandelszone zu bilden, soll die

EWG jetzt, nachdem sie sich über alle Erwartungen günstig entwickelt, gegen große Schwierigkeiten durchgesetzt und konsolidiert hat, einer kleinen Freihandelszone beitreten. Mit so oberflächlichen Redensarten kommt man einer Lösung der schwierigen Integrationsproblematik nicht näher.

Die Position wichtiger Länder im europäischen Integrationskonflikt¹)

In dieser verworrenen Situation sollte man sich über die treibenden Kräfte in den wichtigsten am europäischen Integrationsstreit beteiligten Ländern wenigstens einigermaßen klare Vorstellungen bilden, damit man die oft diametral verschiedenen Außerungen kritisch beurteilen und in ein größeres Bild einordnen kann Ich versuche daher in aller Kürze die wesentlichen wirtschaftlichen Interessen und politischen Motive der wichtigsten Länder im Integrationskonflikt zu skizzieren. In erster Linie ist an die großen Antipoden Frankreich und England zu denken. Auch die zwiespältige Haltung Deutschlands, die bei uns viel zur Verwirrung beiträgt, und das Verhalten der Schweiz, die vielen von uns als Vorbild erscheint, ist aufklärungsbedürftig. Schließlich muß auch die Einstellung der beiden Supermächte unserer Zeit, der Vereinigten Staaten von Amerika und Sowjetrußlands, in Betracht gezogen werden.

Frankreich

Ich beginne mit Frankreich, das in der europäischen Integration eine Schlüsselstellung einnimmt. Für Frankreich bietet die EWG nach langer Zeit die einzigartige Chance, aus einer zweitrangigen Macht, zu der die "Grande Nation" im Laufe dieses Jahrhunderts geworden ist, wiederum zu einem Faktor in der Weltpolitik zu werden. Innerhalb des Gemeinsamen Marktes (mit 170 Mill. Menschen) findet Frankreich die Möglichkeit, sich von seinen protektionistischen Fesseln zu befreien und mit deutscher Hilfe sein bedeutendes Wirtschaftspotential (Frankreich ist von Natur aus ein reiches Land) zu entfalten. Es ist verständlich, daß die französische Wirtschaft, die sich an hohe Schutzzölle, quantitative Importrestriktionen und reichliche Subventionen gewöhnt hat, nicht

¹⁾ Dieser Abschnitt mußte im Bad-Ischler-Vortrag aus technischen Gründen ganz entfallen.

geneigt ist, der zum Teil überlegenen Konkurrenz der Nicht-EWG-Staaten, die weniger Rücksicht zu nehmen bereit sind als der deutsche Partner, Tür und Tor zu öffnen, worauf aber die EFTA abzielt Bekanntlich wollen sich Frankreich und die anderen Mitglieder der EWG nicht nur zu einer Zollunion, sondern zu einer möglichst engen Wirtschaftsunion mit gemeinsamen Institutionen und Organen vereinigen. Aber für Frankreich ist dieser wirtschaftliche Aspekt gar nicht die Hauptsache Die politisch maßgeblichen Kreise in Frankreich sind heute von der Vision fasziniert, daß die EWG der Kern der Vereinigten Staaten von Europa werden soll und Frankreich berufen erscheint, die politische Führungsmacht Kontinental-Europas zu werden

Frankreich ist diesem Ziele seit der Machtübernahme de Gaulles und dank einer liberalen Wirtschaftsreform, die in überraschend kurzer Zeit über alle Erwartungen erfolgreich war, ein gutes Stück nähergekommen. Die französische Wirtschaft, durch verschiedene Liberalisierungsmaßnahmen zu einem verschärften Wettbewerb und zu umfangreichen Rationalisierungen und strukturellen Umschichtungen gezwungen, fühlt sich heute bereits so stark, daß sie auf eine beschleunigte Durchführung des EWG-Vertrages drängt und auch bereit ist, den geplanten gemeinsamen Außentarif grundsätzlich gegenüber allen Drittländern um 20% zu senken.

Dabei hat die Erneuerung der französischen Wirtschaft erst begonnen. Eine Ende September 1960 veröffentlichte Untersuchung über "Hindernisse für die Wirtschaftsexpansion" (bekannt geworden als "Rueff-Armand-Bericht") entwirft ein umfangreiches, kühnes und bemerkenswert liberales wirtschaftliches Reformprogramm mit dem Ziele einer völligen Erneuerung und Verjüngung der französischen Wirtschaft Es handelt sich da nicht um eine beliebige Expertise, sondern um ein äußerst gründliches Werk, das von der französischen Regierung ausdrücklich verlangt wurde und vermutlich als Wegweiser für ihre künftige Wirtschaftspolitik dienen soll. Zu dieser Arbeit wurden Sachverständige aus verschiedenen Lagern herangeholt, Unternehmer, Direktoren öffentlicher Betriebe, Nationalökonomen, Gewerkschafter, Landwirte, Beamte u. a. Formell unter dem Vorsitz von Ministerpräsident M Debré, tatsächlich jedoch unter der Leitung der beiden Vizepräsidenten I Rueff und L Armand, versuchte ein Team aus 16 hervorragenden Experten, die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse Frankreichs ideologisch vorurteilsfrei und ohne Rücksicht auf Sonderinteressen zu analysieren und Bestlösungen für eine möglichst wachstumskräftige französische Wirtschaft zu empfehlen. Ich hebe diesen Bericht besonders deshalb hervor, weil er zeigt, wie ernst man im heutigen Frankreich an die Probleme herangeht.

So wichtig auch die wirtschaftlichen Aspekte für die französische Integrationspolitik sein mögen, entscheidend sind sie nicht. Den letzten Ausschlag gibt, wie in allen anderen Ländern, der politische Wille. Er wird im heutigen Frankreich von General de Gaulle verkörpert. In ihm besitzt Frankreich eine charismatische Führerpersönlichkeit, die zumindest in den Augen eines großen Teiles des französischen Volkes berufen erscheint, eine wichtige Rolle bei der politischen Einigung Europas zu spielen. Unter diesen Umständen ist es unrealistisch anzunehmen, daß Frankreich, das unter nicht geringen Opfern seine scheinbar hoffnungslos verfahrene Wirtschaft reformierte und auf dem besten Wege ist, mit jedem Tag wirtschaftlich und politisch an Gewicht und Ansehen zu gewinnen, bereit sein wird, der EFTA, genauer England, wesentliche Konzessionen einzuräumen, die seine bisherigen wirtschaftlichen und politischen Erfolge in Frage stellen würden. De Gaulles Politik verfolgt beharrlich das Ziel, Frankreich als Sprecher der "Sechs" einen absolut gleichgeordneten dritten Platz im atlantischen Triumvirat zu sichern und Europa, d. h. zunächst seinen aus den sechs EWG-Ländern bestehenden Kern als "Dritte Kraft" zwischen den Machtblöcken der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika einzurichten.

Man mag mit dieser Konzeption nicht einverstanden sein und vor allem befürchten, daß das Europa de Gaulles zu wenig föderalistisch sein könnte. Offensichtlich bereitet auch Adenauer das allzu deutliche Hegemoniestreben Frankreichs Unbehagen. Deutschland würde es — abgesehen von wirtschaftlichen Erwägungen — zweifellos begrüßen, wenn durch den Beitritt Großbritanniens zur EWG oder wenigstens durch eine stärkere Bindung Englands an den Kontinent ein wirksames Gegengewicht geschaffen und Frankreichs Machtstreben eingedämmt würde. Auch wenn es de Gaulle nicht möglich sein wird, seine Pläne für eine Neuordnung Europas und der Atlantischen Gemeinschaft (NATO), die er in den letzten Monaten mit Adenauer, Macmillan und Fanfani besprochen hat, zu verwirklichen, so besitzt das Frankreich von heute doch eine so starke Stellung im Ringen um die Einigung Europas, daß nicht erwartet werden kann, es werde in seiner selbstbewußten Forderung nach politischer Führung im europäischen Integrationskonflikt in

wesentlichen Punkten nachgeben, und das wäre für einen wirklichen "Brückenschlag" im Sinne einer Freihandelszone erforderlich

Natürlich ist Frankreichs Stellung in der EWG und zur europäischen Integration viel komplizierter und widerspruchsvoller als in dieser übermäßig vereinfachenden Skizze angedeutet wurde. Das Frankreich de Gaulles ist keineswegs ein "monolithisches" Gebilde Abgesehen von den tragischen Ereignissen in Algerien, die wie ein dunkles Verhängnis über Frankreich (und Europa) lasten, sind auch in der französischen Nationalversammlung starke oppositionelle Kräfte am Werke. Neben den rechten und linken Ultras, die Frankreich im Falle eines Scheiterns de Gaulles in einen Bürgerkrieg stürzen könnten, gibt es eine breite Mitte (von weit Rechts bis zu den Sozialisten), die wahrscheinlich in viel höherem Maße europabewußt und EWG-freundlicher ist als de Gaulle selbst, der in seiner visionären Schau an Frankreich denkt, wenn er von Europa (und der EWG) spricht

Deutschland

Die Position Deutschlands ist zur französischen in gewisser Hinsicht komplementär. Während das von einem starken nationalen Ehrgefühl und von historischem Sendungsbewußtsein getriebene Frankreich darauf brennt, in der europäischen Integration politisch die erste Geige zu spielen, hat die Katastrophe von 1945 in weiten Kreisen Deutschlands das Nationalgefühl und Souveränitätsbewußtsein geschwächt und die Einsicht gefördert, daß Deutschland nur noch in einer europäischen Gemeinschaft eine Zukunft habe. Der Kern dieser politischen Konzeption ist die Partnerschaft mit Frankreich, die Deutschland aus seiner gefährlichen außenpolitischen Isolierung herausführt. Gleichzeitig mag auch die Überlegung eine Rolle spielen, daß die latent noch immer vorhandenen nationalistischen Tendenzen im deutschen Volke in einem Vereinigten Europa viel leichter gebannt und kanalisiert werden können als in einem politisch zerklüfteten Kontinent, in dem Deutschland zwischen den Machtblöcken in eine gefährliche Lage käme. Daher ist das Deutschland Adenauers und wahrscheinlich auch ein Deutschland Willy Brandts bereit, Frankreichs politische Rolle in einem Vereinigten Europa in hohem Maße, wenn auch nicht uneingeschränkt, anzuerkennen, sich politisch ein- und unterzuordnen und sein gewaltiges wirtschaftliches und geistiges Potential großzügig für die Verwirklichung der europäischen Idee zur Verfügung zu stellen. De Gaulle würde jedoch den

Bogen überspannen und seine Freundschaft mit Adenauer überfordern, wenn er den Führungsanspruch Frankreichs mit einer Bündnispolitik alten Stils festigen, EWG und NATO lockern und auf eine enge Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten von Amerika verzichten wollte.

Andererseits ist nicht zu übersehen, daß gerade in Deuschland wirtschaftliche Interessen und politische Gesichtspunkte vielfach einander widerstreiten. Als ein wirtschaftlich sehr leistungsfähiges Land mit relativ niedrigen Zöllen tendiert Deutschland zu einer großen, möglichst weltweiten Freihandelszone Bedenkt man, daß die Bundesrepublik Deutschland in die EFTA annähernd gleich viel exportiert wie in den EWG-Raum (einzelne Wirtschaftszweige, und vor allem die an den skandinavischen Raum grenzenden I änder sogar bedeutend mehr), dann versteht man, daß zahlreiche prominente Persönlichkeiten in Deutschland, voran Wirtschaftsminister Prof. Erhard, immer wieder mit neuen Plänen für einen "Brückenschlag" zwischen EWG und EFTA hervortreten. Es ist daher begreiflich, daß in Deutschland Industrielle, Landwirte und Konsumentenvertreter in einer Front gegen den "Beschleunigungsplan" Hallsteins Sturm liefen: Bekanntlich muß Deutschland diesem Plan zufolge jetzt in viel kürzerer Zeit, als ursprünglich vorgesehen war, seine niedrigen gewerblichen Zölle dem höheren gemeinsamen Außentarif angleichen, seine konjunkturpolitische 25% ige Zollsenkung vom Jahre 1957 in zwei kurzen Etappen rückgängig machen und seine höher liegenden landwirtschaftlichen Zölle fühlbar senken. Es ist verständlich, daß sich die betroffenen Kreise gegen eine so radikale Kur, die zum Teil die Existenzgrundlagen (im Falle der Landwirtschaft) berührt, kräftig zur Wehr setzen. England und die übrigen EFTA-Länder haben von Anfang an mit diesem Interessenkonflikt in Deutschland gerechnet, auch die österreichischen Zeitungen führten (und führen) immer wieder die starken Bedenken der deutschen Wirtschaft gegen die EWG-Konzeption breit aus und nährten damit die Hoffnung, daß die EWG schließlich doch einlenken und zu einem "Brückenschlag" bereit sein werde. Inzwischen ist der Beschleunigungsplan der EWG, mit der Einschränkung, daß er nicht schon am 1 Juli 1960, sondern erst am 1. Jänner 1961 wirksam wird, doch angenommen worden. Bonn zog schließlich auch seine Vorbehalte gegen den EWG-Beschluß auf dem Gebiete der Landwirtschaft zurück. Das schließt nicht aus, daß bestimmte Wirtschaftskreise, besonders Vertreter der deutschen Landwirtschaft, weiterhin heftig gegen die Konsequenzen der EWG opponieren und prominente deutsche Politiker nach Möglichkeiten eines "Brückenschlages" zwischen EWG und EFTA Ausschau halten werden.

Diese Reaktionen sollen uns jedoch nicht irre machen. Am Ende ist Deutschland aus triftigen politischen Gründen bereit, den erforderlichen wirtschaftlichen Preis für die Verwirklichung der EWG (d. h. Angleichung seiner relativ niedrigen gewerblichen und relativ hohen landwirtschaftlichen Zölle an den gemeinsamen Außentarif der EWG) zu leisten. Gerade der "Beschleunigungsplan" machte in Deutschland wieder einmal deutlich, daß letztlich die verantwortlichen Persönlichkeiten den Primat der Politik vor der Wirtschaft anerkennen.

England

England ist der spiritus rector der EFTA. Es ist leicht zu verstehen, daß England aus geschichtlichen, politischen, wirtschaftlichen und psychologischen Gründen mit seiner weltweiten Orientierung und seinem starken Stolz große Bedenken hatte und hat, einer kontinentaleuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft mit supranationalen Behörden beizutreten, an die es einen Teil seiner Souveränitätsrechte abtreten müßte.

England ist sein Weltreich rein wirtschaftlich noch immer viel wichtiger als der europäische Kontinent, EWG und EFTA zusammengenommen. Ungefähr die Hälfte der englischen Exporte geht in das Commonwealth, das mit dem Mutterlande wirtschaftlich durch ein Präferenzzollsystem verbunden ist. Dagegen gehen nur 13% der englischen Ausfuhren in den EWG-Raum und ungefähr ebensoviel in die EFTA-Länder.

Mindestens ebenso überzeugend wie diese Zahlen scheinen mir die Argumente zu sein, die Sir E Shuckburgh in seinem Vortrag "Der Einfluß der Commonwealth-Bindungen auf das Verhältnis Großbritanniens zu Europa" heuer in Alpbach (30. August 1960) ins Treffen führte. Das englische Volk ist mit dem Commonwealth durch enge verwandtschaftliche Beziehungen verbunden. In den letzten 150 Jahren sind 25 Mill. Engländer nach Übersee ausgewandert; in den letzten zehn Jahren gingen jährlich 100.000 bis 150.000 englische Bürger in die Commonwealth-Länder. Umgekehrt wandern jährlich ungefähr 60.000 Menschen aus den Commonwealth-Ländern nach England ein. Es handelt sich hier keineswegs nur um Rückwanderer, die sich in Übersee nicht behaupten konnten, sondern vielfach um waschechte Kanadier, Australier, Neuseeländer, um Leute aus Indien, Pakistan und anderen

Ländern des englischen Weltreiches. Gegenwärtig gibt es in England ungefähr eine Viertelmillion Farbiger, die aus dem Commonwealth eingewandert sind. Das Ergebnis ist, daß es in England kaum einen Mann oder eine Frau gibt, die nicht Verwandte oder zumindest gute Freunde in den Commonwealth-Ländern hat. Zwei von drei Luftpostbriefen, die der Briefträger täglich ins Haus bringt, kommen aus dem Commonwealth. Gegenwärtig gibt es in Großbritannien 30.000 Commonwealth-Studenten, jährlich gehen 2.500 englische Lehrer und technische Experten in das Commonwealth. Es gibt enge Bindungen im Militär- und Verwaltungsdienst, in den Organisationen der Kirche, unter den Gelehrten der Wissenschaft, in Kunst und Sport, und selbstverständlich zahllose Geschäftsverbindungen. Der durchschnittliche Engländer betrachtet daher das Commonwealth dankbar und stolz als eine große Familie, die er mitgeschaffen hat und als deren Teil er sich fühlt. Daher würden sich, wie Sir Shuckburgh meinte, die meisten Engländer, wenn sie heute vor die Wahl "Europa oder das Commonwealth" gestellt würden, rein gefühls- und instinktmäßig für das Commonwealth entscheiden, abgesehen von allen praktischen Erwägungen.

Sir Shuckburgh brachte aber auch noch andere triftige Gründe für die Bindung Englands an das Commonwealth von Den Briten sei es gelungen, das schwierige Problem zu lösen, ehemals koloniale und abhängige Völker in eine gleichberechtigte, unabhängige Staaten- und Völkergemeinschaft überzuführen. Das Commonwealth leiste der westlichen Welt heute vielleicht den wertvollsten Dienst damit, daß es praktisch demonstriert, wie der drohende Abgrund zwischen Europa und Asien, zwischen Europa und Afrika, zwischen Weißen und Schwarzen, zwischen industrialisierten und unterentwickelten Gebieten überbrückt werden kann. Kurz, viele Briten glauben, daß das Commonwealth in der großen Auseinandersetzung zwischen Ost und West, die zum großen Teil in Asien und Afrika ausgetragen werden wird, eine wichtige Aufgabe zu erfüllen hat. (Es ist eine andere Frage, ob die Form "entweder Commonwealth oder Europa" politisch und wirtschaftlich überhaupt noch gilt. Vielfach wird das bestritten, ich kann auf diese Frage hier nicht näher eingehen.)

Darf ich noch auf einen wirtschaftlichen Faktor kurz hinweisen, nämlich auf die starke weltwirtschaftliche Position Englands, die seine Scheu, stärkere Bindungen auf dem Kontinent einzugehen, verständlich macht: Obwohl die englische Währung in den letzten Jahrzehnten

ernste Krisen erlebte, wird gegenwärtig wieder mehr als die Hälfte des Welthandels in englischen Pfund abgewickelt. So groß ist noch das wirtschaftliche und moralische Prestige Englands in der Welt!

Daß die Engländer sehr selbstbewußt sind, ist bekannt Eine nette Geschichte, die Prof P. Einzig aus London, ein angesehener Wirtschaftspublizist, in einem Vortrag "Der Sterling in der Nachkriegswelt" im Meinl-Collegium in Wien erzählte, scheint mir die Geisteshaltung dieses Inselvolkes treffend zu charakterisieren. Als einige Jahre vor dem Kriege einmal das Wetter so schlecht war, daß die Dampfschiffe zwischen England und dem Kontinent nicht verkehren konnten, brachte ein Londoner Abendblatt diesen Vorfall unter dem das englische Selbstbewußtsein treffend charakterisierenden Titel: "Der Kontinent ist isoliert!"

Es gibt also triftige Gründe für die gegenwärtige Europapolitik Englands, die Jahrhunderte hindurch auf dem "Gleichgewicht der Kräfte" auf dem Kontinent basierte. Die Engländer sind aber bekanntlich Pragmatiker. Sollten sie zur Überzeugung kommen, daß sie mit der EFTA ebensowenig wie seinerzeit mit der Großen Freihandelszone zum Ziele gelangen, werden sie einen neuen Weg einschlagen. Im Frühjahr 1960 schien es einige Zeit, als ob sich in der englischen Europapolitik ein Umschwung anbahnen würde.

Der Londoner Korrespondent der Neuen Zürcher Zeitung charakterisierte am 13 Juni die augenblickliche Europapolitik Großbritanniens mit den Worten:

"Das Schiff der britischen Diplomatie kreuzt zur Zeit in verwirrender Weise vor den Küsten Europas. Manchmal kommt es näher und gibt Signale, als wolle es in einen Hafen einlaufen; dann verschwindet es wieder im Nebel des Nordatlantiks. Warum diese verschieden deutbaren Manöver? Weil unter der Besatzung verschiedene Meinungen herrschen, und weil der Kapitän zwar Wind und Strömungen mit erhöhter Aufmerksamkeit prüft, einstweilen aber keinen Entschluß gefaßt hat Vielleicht wird er über Jahr und Tag immer noch kreuzen."

Viele Wochen hindurch erschien in der seriösen englischen Presse (Financial Times, Sunday Times, Observer, Spectator, New Statesman, The Guardian, im Economist u. a.) eine Reihe von Aufsätzen und Leitartikeln, die eine Überprüfung und radikale Änderung der bisherigen Englandpolitik gegenüber der EWG nahelegten. Die Financial Times schrieben am 25. April, daß die "Sieben" vor einer "qualvollen Neu-Einschätzung" ihrer Position stehen (an agonising re-appraisal of their

position). Einige Zeitungen verlangten klipp und klar, daß England der EWG als Vollmitglied oder assoziiertes Mitglied beitrete.

Anfangs Juni erklärte der britische Staatsminister *J. Profumo* vor der Versammlung der Westeuropäischen Union, die britische Regierung sei bereit, einen Beitritt Großbritanniens zur Euratom und zur Montanunion neuerlich in Betracht zu ziehen. Zur Beruhigung der EFTA-Partner versicherte der Minister kurz danach, bei anderer Gelegenheit auch *Macmillan* und *Selwyn Lloyd*, daß sich die britische Regierung auf keinerlei Handelsabkommen mit den "Sechs" einlassen werde, ohne die EFTA-Länder zu "konsultieren".

Am 24. Juni beschäftigte sich der Economist mit der Stellung der neutralen Länder im Falle eines Beitritts Großbritanniens zur EWG. Im Falle einer Verständigung zwischen Großbritannien und der EWG könnten die übrigen Mitglieder der EFTA als Vollmitglieder oder als assoziierte Mitglieder in die erweiterte wirtschaftliche Gemeinschaft aufgenommen werden. Nach Auffassung der angesehenen Londoner Zeitung sei die Neutralität Osterreichs, der Schweiz und Schwedens kein unüberwindbares Hindernis für eine Vereinbarung zwischen den Sechs und Sieben. Die neutralen Länder brauchen nur gewisser institutioneller Verpflichtungen, die mit dem Neutralitätsstatus in Widerspruch geraten könnten, entbunden werden. Eine ähnliche Ansicht äußerte der liberale Manchester Guardian am 1. Juli, als der EFTA-Vertrag in Kraft trat. Großbritannien müßte Vollmitglied der EWG werden und dabei möglichst viele EFTA-Partner mit sich nehmen. Für die Neutralen sei der Status von Assoziierten (wörtlich hieß es von "Zugewandten") vorzusehen, ohne politisch-institutionelle Verpflichtungen. Neben diesen angesehenen Zeitungen haben sich in jenen Tagen auch britische Politiker in beiden Häusern für einen Beitritt Großbritanniens zur EWG ausgesprochen

Die tastenden Versuche Londons, einen Beitritt Großbritanniens zur Euratom und Montanunion zu lancieren, und die hartnäckige Kampagne angesehener englischer Zeitungen für eine Hinwendung Englands zur EWG, haben in den letzten Monaten vorübergehend den Eindruck erweckt, daß England vor einer grundlegenden Neuorientierung seiner Europapolitik stehe. Schließlich setzten sich aber doch wieder die nüchternen Realitäten durch. In der Unterhausdebatte über die Frage der europäischen Integration am 26. Juli legte Außenminister Selwyn Lloyd die grundsätzlichen Schwierigkeiten dar, vor denen England in der

europäischen Integration stehe. Der britische Außenminister versicherte, ähnlich wie die britischen Gäste vor einem Monat in Alpbach, daß England ein Teil Europas sei und auch Europa ohne England unvollständig wäre. Die britische Regierung betrachte die Einigung Europas als ihr Ziel, womit dem Europagedanken die gebührende Reverenz erwiesen war. Darnach aber stellte der Minister mit Bedauern fest, daß die Verwirklichung eines gesamteuropäischen Handelssystems auf große praktische Schwierigkeiten stoße. Die Annahme des gemeinsamen Zolltarifs und der Agrarpolitik der Sechs würde das Ende des Commonwealth-Systems bedeuten. Diese Konsequenz aber sei für England unannehmbar. In der gleichen Debatte erklärte Handelsminister R Maudling, daß ein wirtschaftliches System gefunden werden müsse, das England an Europa binde, ohne seine Beziehungen zum Commonwealth zu zerstören, und das in Einklang mit den GATT-Verpflichtungen stehe. England stand ungefähr wieder dort, wo Ende 1958 infolge der Haltung Frankreichs die Verhandlungen über die Schaffung einer großen Freihandelszone gescheitert waren. Schließlich wurde in dieser denkwürdigen Unterhausdebatte der Antrag der EWG-freundlichen Liberalen, die Regierung möge ausdrücklich die Notwendigkeit einer politischen und wirtschaftlichen Einigung Europas erklären, mit den Stimmen der Konservativen und der Labour-Opposition mit der überwältigenden Mehrheit von 215:4 Stimmen abgewiesen. Damit ist das Schiff der britischen Diplomatie (mit Osterreich an Bord) wieder im Nebel des Nordatlantiks verschwunden.

England hat offiziell bekundet, daß es zumindest zunächst, unter den gegenwärtigen Voraussetzungen, nicht in der Lage ist, sich auf der Grundlage der Rom-Verträge mit der EWG zu verständigen. Daß Macmillan und Adenauer in ihrem Gespräch am 11. August 1960 in Bonn die Absicht äußerten, im Herbst ihre Bemühungen um einen "Brückenschlag" zwischen EWG und EFTA fortzusetzen, bringt kein neues Element ins Spiel. England und Deutschland wollen seit eh und je eine große europäische Freihandelszone und einen "Brückenschlag" zwischen den Sechs und Sieben. Das ist nichts Neues Das Hindernis liegt bekanntlich anderswo. Selbst die Neue Zürcher Zeitung, überzeugte Anhängerin der EFTA und einer Freihandelskonzeption, urteilt in einem Aufsatz "Das Wiederaufleben der Gespräche über den Brückenschlag" die Aussichten einer Verständigung zwischen EWG und EFTA sehr skeptisch. "Nach wie vor wurde offenkundiger denn je", schreibt das Blatt

am 8. Sepember 1960, "hängt die weitere Entwicklung im europäischen Integrationskonflikt von Frankreich ab Vorderhand wird man sich damit genügen müssen, daß durch die deutsch-britische Fühlungnahme die psychologischen Voraussetzungen für einen Brückenschlag wieder verbessert worden sind." Das ist gewiß sehr bescheiden

Es ist bedauerlich, daß trotz dieser Sachlage die österreichischen Zeitungen die löblichen Absichten Macmillans und Adenauers vielfach in groß aufgemachten Überschriften: "Neuer Start zum Brückenschlag EWG-EFTA", "Der Brückenschlag muß kommen" u. ä. präsentieren und damit in der Öffentlichkeit aufs neue Vorstellungen suggerieren und Hoffnungen nähren, die unter den gegebenen Verhältnissen kurzfristig nicht erfüllt werden können.

Schweiz

Das Verhalten der Schweiz im europäischen Integrationskonflikt wird in Osterreich nicht nur deshalb besonders aufmerksam verfolgt, weil bei den Verhandlungen über den Osterreichischen Staatsvertrag die "schweizerische Neutralität" eine Rolle gespielt hat, sondern weil uns die kleine, wohlhabende, seit Jahrhunderten von Kriegen verschonte Schweiz auch in vieler anderer Hinsicht als ein nachahmenswertes Vorbild gilt.

In der Schweiz schienen einige Zeit Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und öffentliche Meinung in der Frage der europäischen Integration völlig übereinzustimmen. Obwohl diese "Unité de doctrine" gegenwärtig nicht mehr besteht und sich besonders unter der integrationsfreudigen europabewußten Jugend mehr und mehr kritische Stimmen zu Worte melden (ich werde darauf noch zurückkommen), lehnen die politisch und wirtschaftlich maßgeblichen Stellen, von liberalen Nationalökonomen wirksam unterstützt, die EWG entschieden ab und sehen in einer europäischen Freihandelszone die ungleich bessere Integrationsform¹).

¹⁾ Die folgende Darstellung der schweizerischen Integrationspolitik stützt sich auf offizielle Dokumente und authentische Formulierungen prominenter Schweizer Persönlichkeiten. In Osterreich hielt der Bundespräsident der Schweiz, M Petitpierre, am 25 April 1959 in der Akademie der Wissenschaften vor der Osterreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und Internationale Beziehungen einen Vortrag über "Die schweizerische Neutralität in der Welt von heute" Außerdem sprachen Bundesrat Prof. F T. Wahlen am 14 März 1960 im Palais Auersperg in Wien in einer Veranstaltung der Wirtschafts- und Sozialkommission des Osterreichischen Parlamentarischen Rates der Europabewegung über den Standpunkt der Schweiz in der europäischen Integration, und Dr. F. Aschinger, Chef der Handelsredaktion der Neuen Zürcher Zeitung, am 22 April 1960 vor der Osterreichisch-Schweizerischen Gesellschaft in Wien über "Die kleinen Staaten und die europäische Integration"

Gegen die EWG und für die EFTA werden an erster Stelle politische und neutralitätspolitische Argumente vorgebracht. Die EWG plane einen europäischen Überstaat, übertrage wichtige wirtschaftspolitische Funktionen an supranationale, "kompetenzgierige", dirigistische Behörden, deren Entscheidungen kleine Staaten wie die Schweiz praktisch nicht beeinflussen könnten. Anstelle der Selbstverantwortlichkeit des einzelnen Bürgers trete eine mehr oder minder unkontrollierbare, diffuse "Verantwortlichkeit" überstaatlicher Institutionen. Die EWG schränke die Eigenstaatlichkeit ihrer Mitglieder ein, widerspreche der jahrhundertealten schweizerischen Tradition und gefährde die nationale Unabhängigkeit des Landes. Die Schweiz lehnt die "romantische Schwärmerei" für den "großen Raum" ab und glaubt an das Prinzip des Föderalismus, an die Organisation der überschaubaren Lebenskreise Die föderalistisch gegliederte Schweiz, wo das Volk selbst Souveränitätsrechte auf verschiedenen Gebieten der Wirtschaftspolitik ausübe und die Gebietskörperschaften (Kantone und Gemeinden) mehr als in anderen Ländern staatliche Kompetenzen besitzen, stehe in diametralem Gegensatz zur EWG, deren Mitglieder Hoheitsrechte an supranationale Institutionen abtreten müssen. Der politisch-profilierte Charakter der EWG würde auch die Neutralitätspolitik der Schweiz gefährden. Als Mitglied der EWG müßte die Schweiz eine selbständige Außenhandelspolitik aufgeben, damit aber wäre sie im Kriegsfall außerstande, ihren Neutralitätsverpflichtungen nachzukommen. In der EFTA dagegen bleibt die Unabhängigkeit der Mitgliedstaaten unangetastet. Bei Abstimmungen haben große und kleine Staaten das gleiche Stimmrecht. neue Verpflichtungen können nur durch Einstimmigkeit festgelegt und die Neutralitätsverpflichtungen können vollständig erfüllt werden. Während die EWG grundsätzlich unauflöslich ist, können sich Mitglieder der EFTA in Kriegszeiten von ihren Verpflichtungen so weit als nötig zurückziehen.

Die Schweiz zieht aber auch aus guten wirtschaftlichen Gründen die EFTA vor, obwohl sie, ähnlich wie Osterreich, mit den EWG-Ländern wirtschaftlich viel enger verbunden ist als mit den übrigen EFTA-Ländern Relativ niedrige Zölle, liberale Außenhandelspraktiken, reiche kommerzielle Erfahrungen gepaart mit Geschäftstüchtigkeit, finanzielle Leistungsfähigkeit, nicht zuletzt die günstige Verkehrslage im Zentrum Westeuropas und die enge wirtschafliche Verflechtung mit der ganzen Welt würden die Schweiz in einer Freihandelszone in noch

höherem Maße als heute zu einem erstrangigen internationalen Finanzund Handelsplatz erheben. Das Problem der Utsprungszeugnisse bereitet der Schweiz begreiflicherweise keine Sorgen, denn in einer Freihandelszone können Länder mit niedrigen Zöllen aus einer Ablenkung
der Handelswege nur Nutzen ziehen. Dagegen würde die Angleichung
der relativ niedrigen Schweizer Zölle an den bedeutend höheren gemeinsamen Außentarif der EWG Preise und Löhne im Inneren erhöhen und
die Wettbewerbsfähigkeit der global orientierten Schweizer Wirtschaft
auf den Weltmärkten beeinträchtigen. In der Botschaft des schweizerischen Bundesrates anläßlich der Ratifizierung des EFTA-Vertrages
wurde auch ins Treffen geführt, daß die gemeinsame Agrarpolitik der
EWG die Stellung der schweizerischen Landwirtschaft kaum werde
berücksichtigen können.

Die offizielle Schweizer Integrationsdoktrin wirkt um so überzeugender, als sie staats- und neutralitätspolitische Argumente stärker betont als die nüchternen wirtschaftlichen Interessen. Ein weiterer Kunstgriff besteht darin, daß die Nachteile und Gefahren, die einem kleinen Lande wie der Schweiz im Falle eines Beitrittes zur EWG drohen, in den schwärzesten Farben an die Wand gemalt werden und geflissentlich übergangen wird, daß gemäß § 238 des Rom-Vertrages grundsätzlich auch eine Assoziierung mit der EWG, also eine politisch neutrale Form der Zusammenarbeit auf bloß wirtschaftlichem Gebiete möglich ist. Mit dieser Möglichkeit setzt man sich aber nicht ernsthaft auseinander. Das ist verständlich, denn dann könnte man nicht die schweren staats- und neutralitätspolitischen Kaliber gegen die EWG abfeuern und die Vorzüge der EFTA im hellsten Lichte erstrahlen lassen.

Unter diesen Umständen hat die FWG-freundliche Opposition in der Schweiz einen schwierigeren Stand als anderswo. Sie muß tiefer schürfen und auf hohem Niveau und in einer kultivierten Sprache argumentieren, wenn sie sich Gehör verschaffen will.

Die Vertreter der europabewußten Generation, die hauptsächlich, aber nicht nur in den Kreisen der akademischen Jugend anzutreffen sind, werfen grundsätzlich die Frage auf, ob in einer Zeit, da der kommunistische Osten missionsgläubig und zielbewußt seine Kräfte zum Generalangriff auf den politisch und wirtschaftlich zersplitterten Westen formiert, ob im Zeitalter der Düsenflugzeuge und Raketen, in einem Augenblick, wo die Menschen erstmalig in ihrer Geschichte in den Weltraum vorstoßen und künstliche Satelliten in 90 Minuten die Erde um-

kreisen und die Völker und Kontinente dieser Erde mehr und mehr eine einzige große Schicksalsgemeinschaft werden, ob nicht in einer solchen Zeit die nationalen Souveränitätsrechte, welche die Schweiz so eifersüchtig bewahren möchte, längst schon Anachronismen sind?

Für die europabewußte Denkart der jüngeren Generation in der Schweiz erscheint der Beitrag eines jungen Akademikers, der kürzlich in einer Artikelserie "Gespräch über die Integration" in der Neuen Zürcher Zeitung erschienen ist, charakteristisch Es können hier nur seine Hauptgedanken wiedergegeben werden¹).

Nur durch eine Zusammenfassung der noch immer beträchtlichen politischen, wirtschaftlichen, militärischen und moralischen Kräfte werden sich die freien Völker des Westens gegen die totalitäre Bedrohung aus dem Osten behaupten können, von der Erhaltung des Ganzen hänge die Existenz der Teile ab. Es sei durch nichts erwiesen, daß die EWG in einen streng zentralistischen, die Freiheit der Menschen und die Kulturen der Völker bedrohenden Superstaat ausarten müsse²). Eine solche Unterstellung sei unstatthaft, man könne sich ebenso gut vorstellen, daß sich die EWG zu einem reichgegliederten europäischen Bundesstaat entwickeln wird. Die Entwicklung des Schweizer Staatenbundes zum Schweizer Bundesstaat in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts sei ein klassisches Beispiel für eine politisch-institutionelle Integration von Kleinstaaten und widerlegt die Behauptung, daß für Kleinstaaten nur die Form einer losen Assoziierung souveräner Staaten in Frage komme. Auch in den Schweizer Kantonen hat es vor rund 120 Jahren nicht an "integrationsfeindlichen" Kassandrarufen und düsteren Prophezeiungen gefehlt, man befürchtete, daß die Kantone in einem zukünftigen Schweizer Bundesstaat politisch, wirtschaftlich und kulturell absterben würden. Nichts davon sei eingetroffen, im Gegenteil, die Schweiz hat eine einzigartige föderalistische Referendumsdemokratie und ein reiches eigenständiges Kulturleben seiner verschiedensprachigen Volks- und Landes-

¹⁾ Ich empfehle meinen österreichischen Landsleuten wärmstens die Lektüre der Beiträge "Schweizerische Eigenart und europäische Schicksalsgemeinschaft" von Dr. D. Chenaux-Repond, Neue Zürcher Zeitung vom 4. und 5. Oktober 1960.

²⁾ Der Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft behandelt in seinen 240 Artikeln und diversen Anhängen ausschließlich Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten. Seine politische Zielsetzung wird lediglich im ersten Absatz der Präambel des EWG-Vertrages angedeutet: "In dem festen Willen, die Grundlagen für einen immer engeren Zusammenschluß der europäischen Völker zu schaffen, ..." Aus diesen wenigen Worten glaubt man vielfach herauslesen zu können, daß die EWG den zentralistischen Einheitsstaat anstrebe

teile entwickelt, obwohl verschiedene gemeinsame Anliegen, wie Verteidigung, Außenpolitik, Außenwirtschaftspolitik und Währung auch institutionell zentralisiert wurden.

Ahnlich verhalte es sich mit dem Vorwurf, die EWG-Planer hätten eine "Großraumstrategie" im Auge Auch im Jahre 1840 sei vielen Schweizern die Zusammenfassung der Eidgenossen vom Bodensee bis zum Genfersee und von Basel bis Chiasso in einem Bundesstaat als übermütige "Großraumplanung" erschienen. Heute könne ganz Westeuropa nur noch als ein Gebiet mittlerer Größe bezeichnet werden.

Wir sollten uns hüten, warnt der Autor des Diskussionsbeitrages, in der Frage der europäischen Integration in Schwarz-Weiß zu malen und in Extremen zu denken. Unsere künftige Entscheidung "für oder wider Europa" sei nicht eine Wahl zwischen einem Einheitsstaat von der Art Frankreichs und einer freiheitlichen Referendumsdemokratie von der Art der Schweiz. Geschichliche Erfahrungen lehren, nicht zuletzt die Schaffung des Bundesstaates der Schweiz selbst, "daß Gemeinschaften von alter kultureller Eigenständigkeit und hoher politischer Tradition die natürliche Tendenz zeigen, ihre geschichtlich bewährte Autonomie auch innerhalb eines bundesstaatlichen Zusammenschlusses in größtmöglichem Maße zu bewahren, vorausgesetzt, daß keine der beteiligten Gemeinschaften eine ausgeprägte Vormachtstellung einnimmt und daß nicht von dritter Seite her unmittelbare Gefahr droht. Das heutige Westeuropa weist sämtliche Voraussetzungen einer föderalistischen Integrationsform auf, doch das verlängerte Zögern gerade der föderalistischen Staaten verschlechtert diese günstigen Aussichten."

Gewiß sind die europabewußten Kräfte in der Schweiz heute noch zu schwach, um die festgefügte offizielle Schweizer Integrationsdoktrin bereits aus den Angeln heben zu können. Aber auch in der Schweiz ist das "Europagespräch" in Fluß gekommen, und es ist für den langsamen Bewußtseins- und Stimmungswandel ebenso wie für den echten demokratischen Geist in der Schweiz vielleicht symptomatisch, daß auch so EFTA-ergebene Zeitungen, wie die Neue Zürcher Zeitung, in ihren Spalten mehr und mehr auch EWG-freundlichen Auffassungen Raum geben.

Mehr als nur interessant ist schließlich die Stellung der beiden Supermächte Amerika und Rußland zur europäischen Integration und zum "Brückenschlag" zwischen EWG und EFTA, obwohl sie diese Ereignisse naturgemäß nur mittelbar beeinflussen können.

Ich muß mich auch hier auf wenige Hinweise beschränken. Die Vereinigten Staaten von Amerika stehen vor allem aus politischen Erwägungen eindeutig auf Seite der EWG. Darüber kann nach dem Besuch des amerikanischen Unterstaatssekretärs D. Dillon im Juli 1960 in Wien kein Zweifel bestehen. Washington erblickt in der EWG den Kern für die politische Einigung Europas und einen starken Partner in der globalen Auseinandersetzung zwischen Osten und Westen. Wittschaftspolitisch hat die EWG die USA durch die Bereitschaft zu einer GATTweiten 20% oigen Senkung des gemeinsamen Außentarifs und eines grundsätzlich liberalen Außenhandelskurses sowie durch die Zusicherung einer wirkungsvollen Unterstützung der unterentwickelten Gebiete geschickt auf ihre Seite gezogen. Gegen diese kompakten gemeinsamen Interessen fallen die in der Agrarpolitik allenfalls bestehenden Divergenzen nicht ins Gewicht. Dagegen ist Amerika ausdrücklich gegen einen "Brückenschlag" zwischen den Sechs und Sieben, nicht nur aus tagespolitischen Erwägungen, wie gelegentlich behauptet wird (weil eine europäische Präferenzzone auch die amerikanischen Exporte diskriminieren und die augenblicklichen amerikanischen Zahlungsbilanzschwierigkeiten erhöhen würde). Die Haltung des State Departments ist tiefer begründet. Die Politiker in Washington bestreiten wahrscheinlich gar nicht die Richtigkeit der nationalökonomischen These, daß regionale Integrationen im Endergebnis umso günstiger wirken, je größer sie sind, d. h. daß eine große europäische Freihandelszone schließlich auch für die USA ökonomisch vorteilhafter wäre als die FWG1). Washington befürchtet einfach, daß eine Große Europäische Freihandelszone zwangsläufig die EWG von innen her auflösen und damit auch den ökonomischen Kern für die politische Einigung Europas zerstören würde. Aus diesem politischen Grund, man kann ruhig sagen aus weltpolitischen Erwägungen, ist Amerika für die EWG und gegen einen "Brückenschlag" im Sinne der EFTA, und zwar so unmißverständlich wie nur möglich. Als im Frühjahr 1960 die Kampagne gegen den Hallstein'schen "Beschleunigungsplan" ihren Höhepunkt erreichte, drängte Dillon die EWG in einem Brief, ihre Pläne einer Senkung der Binnenzölle zu beschleunigen: Je

¹⁾ Zu diesem Ergebnis kommt der sogenannte "Haberler-Bericht", eine vom GATT im Oktober 1958 herausgegebene Expertise, "Trends in International Trade, A Report by a Panel of Experts", General Agreement on Tariffs and Trade, Geneva, October 1958.

rascher der Gemeinsame Markt der Sechs Realität wird, um so früher werde die EFTA geneigt sein, sich mit der EWG zu verständigen "Beschleunigt, meine Herren, beschleunigt! Ich bin für die Beschleunigung dieses Beschleunigungsplanes", schrieb Dillon. Washington unternimmt natürlich nichts gegen die EFTA, es betrachtet sie aber nur als eine "gegebene Tatsache". In den Augen Amerikas ist die EFTA eher ein Element der Spaltung als der Einigung Europas. Diese Ansicht wird höchstwahrscheinlich auch vom neuen amerikanischen Präsidenten J. F. Kennedy geteilt werden.

Sowjetrußland

Die Europapolitik Rußlands läßt sich mit wenigen Worten umschreiben: Was den Westen stärkt, ist schlecht, was ihn schwächt, gut. Nach dieser Maxime urteilt und handelt Rußland. Rußland hat daher 1947 die "Truman-Doktrin" verworfen, die Griechenland und der Türkei, den beiden am meisten gefährdeten Ländern im südöstlichen Mittelmeer, wirtschaftliche und militärische Hilfe brachte. Es hat den Marshallplan abgelehnt, der in relativ kurzer Zeit den wittschaftlichen Wiederaufbau Westeuropas ermöglichte. Es hat alle Bemühungen um eine westeuropäische Verteidigungsgemeinschaft mit größtem Mißtrauen verfolgt und ist ebenso ein erbitterter Gegner der NATO wie der EWG, die in seinen Augen das wirtschaftliche Fundament eines politisch geeinten und militärisch schlagkräftigen Westeuropas bildet. Rußland war und wird immer wieder gegen die EFTA sein, solange es argwöhnt, sie könnte die nicht zur NATO und EWG gehörenden Staaten zusammenfassen und später das wirtschaftliche und militärische Potential des Westens stärken.

Wenn Rußland in jüngster Zeit Verständnis für einen Beitritt Finnlands zur EFTA bewies, dann bestimmt nicht deshalb, weil es Finnland helfen möchte, seine Konkurrenzfähigkeit auf den westlichen Märkten zu behaupten und damit ein höheres Maß an Unabhängigkeit zu erlangen, sondern um sich allenfalls mit Finnlands Hilfe in die EFTA und in die westeuropäische Integration einzuschalten. Es ist bezeichnend, daß schon in dem gemeinsamen sowjetisch-finnischen Kommuniqué, das die Ergebnisse des Finnland-Besuches Chruschtschows Anfang September in Helsinki zusammenfaßte, nicht nur an die Abneigung der Sowjetunion gegen besondere Wirtschaftsblöcke der westlichen Län-

der erinnert, sondern auch ausdrücklich hervorgehoben wurde, daß Sowjetrußland nicht auf die Meistbegünstigung im Handel mit Finnland verzichten will.

Wie sich Rußland die europäische Integration vorstellt, wurde im April 1960 auf der Tagung der europäischen Wirtschaftskommission der UNO in Genf (ECE) deutlich. Der Konflikt zwischen EWG und EFTA hatte Moskau zu einer kühnen Initiative ermutigt, die darauf hinauslief, unter dem Deckmantel einer gesamteuropäischen, West- und Osteuropa einschließenden Zusammenarbeit die Integration Westeuropas illusorisch zu machen. Auf dieser Tagung schlug Rußland in einem Memorandum eine sogenannte "Paneuropäische wirtschaftliche Zusammenarbeit" vor-Der sowjetische Entwurf empfiehlt eine gesamteuropäische Projektierung und Planung großer Industrie- und Wasserkraftanlagen sowie eine gesamteuropäische Entwicklung der Brennstoff- und Kraftwirtschaftsbasis für alle europäischen Länder. Die Verwirklichung dieses Planes würde nicht nur die Wirtschaftskraft des Ostblockes wesentlich stärken, das Ost-Embargo für kriegswichtige Güter hinfällig machen und Rußland befähigen, sein Ziel "Amerika einzuholen und zu überholen" rascher zu erreichen, sondern gleichzeitig auch EWG und EFTA hinfällig machen. Als Mitglied der neuen internationalen Handelsorganisation OECD, welche die Europäische Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) ersetzen soll, würde Rußland mit seiner planwirtschaftlichen COMECON nicht nur in eine paneuropäische, sondern in die atlantische Gemeinschaft eindringen und im Ministerrat der neuen OECD jeden Beschluß verhindern können, da dort einstimmig beschlossen werden muß. Die Ablehnung des russischen Vorschlages wird Rußland nicht davon abhalten, bei passender Gelegenheit mit neuen Konzepten aufzukreuzen, um die europäische Integration zu torpedieren oder in seinem Sinne zu beeinflussen. Unter diesem Gesichtspunkt ist auch ein eventueller Beitritt Finnlands zur EFTA zu betrachten.

Kurze Geschichte des "Brückenschlages"

Nach dem Scheitern der Verhandlungen der OEEC-Länder über die Schaffung einer Großen Europäischen Freihandelszone Ende 1958 erschien am 16. März 1959 das sogenannte 1 Hallstein-Memorandum. Die EWG-Kommission unternahm hier nochmals einen, wie ich glaube, fairen Versuch, eine multilaterale Lösung zwischen EWG und den übrigen Elf der OEEC zu finden. Das Memorandum schlug eine europäische

Wirtschaftsassoziation der 17 Länder der OEEC vor, mit dem Ziel, die Handelsschranken schrittweise zu beseitigen und die Wirtschaftspolitik in der OEFC anzunähern. Ich kann hier nicht auf seine Details eingehen, sondern möchte nur festhalten, daß der Vorschlag der EWG-Kommission damals einmütig abgelehnt wurde. Die "Sieben" in Stockholm, die sich um das Banner Englands scharten (nach außen hin hatte wohl Schweden die Initiative), lehnten das Memorandum rundweg ab und bezeichneten den Vorschlag der EWG-Kommission nach wie vor als diskriminierend, weil Zölle und Kontingente zwischen den EWG- und übrigen OEEC-Staaten nicht in gleicher Weise wie innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beseitigt wurden Auch der Ministerrat der EWG machte Vorbehalte; Deutschland und Benelux ging der Hallstein-Bericht nicht weit genug (im Sinne einer Freihandelszone). Schließlich hatte Amerika Bedenken gegen eine "Europäische Präferenzzone", verlangte Rücksicht auf die eigene Zahlungsbilanz, Beseitigung der Dollardiskriminierung und einen stärkeren Beitrag Europas für die unterentwickelten Länder.

Die EWG-Kommission zog aus dieser Niederlage die Konsequenzen. Im sogenannten 2 Hallstein-Memorandum vom 24 September 1959 wandte sich die EWG vom europäischen "Brückenschlag" endgültig ab, konzentrierte ihre Bemühungen auf die innere Stärkung der eigenen Gemeinschaft und strebte, unter Berücksichtigung der amerikanischen Wünsche, nach mondialen Lösungen. Die Kontingente sollen gegenüber der gesamten Welt schrittweise abgebaut werden, ohne Bevorzugung der europäischen Länder Die Zölle sollen GATT-weit, unter der Bedingung der Gegenseitigkeit, gesenkt werden. Die EWG erklärte sich für die übrige Welt mitverantwortlich und bereit, die Entwicklungsländer zu unterstützen, und trat für eine Koordinierung der internationalen Konjunkturpolitik ein. Um die Schwierigkeiten im Wirtschaftsverkehr zwischen der EWG und den übrigen europäischen Ländern möglichst zu reduzieren, wurde ein europäischer "Kontaktausschuß" vorgeschlagen.

Das Schwergewicht wird jedoch auf die innere Stärkung der EWG gelegt: sie sei die Voraussetzung für eine liberale Politik gegenüber der Außenwelt. Gleichzeitig wird bereits eine Beschleunigung der eigenen Integration angekündigt. Mit dem 2. Hallstein-Memorandum hatte die EWG die Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada vollends auf ihre Seite gebracht, wie sich bald zeigte.

Der nächste Meilenstein in der jüngsten Geschichte der europäischen Integration waren die Wirtschaftsverhandlungen in Paris vom 12. bis 14. Jänner 1960. Sie haben dem "Brückenschlag" zwischen EWG und EFTA den Todesstoß versetzt, denn nicht anders können die Beschlüsse gedeutet werden. Bekanntlich wurden drei Kommissionen eingesetzt. Die erste, bestehend aus je einem Engländer, Franzosen, Amerikaner und Griechen, wurde mit der Aufgabe betraut, Vorschläge für eine Reform der OEEC auszuarbeiten. Diese "vier Weisen", wie man sie genannt hat, haben im April 1960 einen Bericht vorgelegt, der am 23. Juli zu einem endgültigen Beschluß führte. Die Europäische Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) wird in die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklungshilfe (OECD) umgewandelt. Diese Reform setzt der OEEC ein Ende. Die Neue Zürcher Zeitung vom 30. April sprach denn auch mit Bitterkeit von einer "Torheit der vier Weisen" und einem "Requiem für die OEEC". Die neue OECD, die nur noch empfehlen statt anordnen kann, täusche nur eine Scheinkontinuität vor und verhindere endgültig eine multilaterale Assoziierung der EWG mit den übrigen OEEC-Ländern.

Die zweite Kommission wurde mit der Koordinierung der Hilfe für unterentwickelte Gebiete beauftragt und die dritte mit dem Studium der Zusammenarbeit zwischen EWG und EFTA, jedoch ausdrücklich unter Berücksichtigung der Interessen der USA, Kanadas und des GAIT. Diese Bedingungen machen einen "Brückenschlag" zwischen EWG und EFTA vollends zu einer Quadratur des Kreises

Die Pariser Wirtschaftskonferenz im Jänner 1960 endete jedenfalls mit einem durchschlagenden Erfolg der EWG-Kommission, ihre Ergebnisse entsprachen vollkommen ihren Intentionen und unterstrichen die enge Bundesgenossenschaft zwischen EWG und USA

Inzwischen hatte aber auch die EFTA-Maschinerie auf hohen Touren zu laufen begonnen. Die Experten hatten im Spätherbst 1959 den Vertragsentwurf der EFTA fertiggestellt, der an der Jahreswende 1959/60 im Eiltempo von den Regierungen der sieben Länder unterzeichnet und in den folgenden Monaten von den Parlamenten ratifiziert wurde.

Bereits am 12. und 13. März hatte in der Wiener Hofburg der Ministerrat der EFTA getagt. Sein Ziel war die Ausarbeitung eines Vorschlages, der eine weitere Verschärfung der Diskriminierung zwischen den "Sechs" und den "Sieben" vermeiden sollte. Die EFTA war bereit, ihre Zölle am 1. Juli um 20% zu senken (womit sie den Vorsprung der EWG aufholte) und diese Zollsenkung, unter der Voraussetzung der Reziprozität, auf die EWG-Länder und alle durch Meistbegünstigungsabkommen mit den EFTA-Staaten verbundenen Länder für die Dauer von 18 Monaten auszudehnen

Dieses "Waffenstillstandangebot" der "Sieben" an die "Sechs" war jedoch, bevor es noch überreicht werden konnte, durch den "Beschleunigungsplan" der EWG-Kommission überholt. Ermutigt durch die unerwartet raschen Fortschritte der Integration, setzte sich die EWG das Ziel, die Rom-Verträge nicht, wie ursprünglich vorgesehen war, in 12 bis 15 Jahren, sondern schon in 6 bis 8 Jahren zu verwirklichen. Damit aber waren alle Propositionen der EFTA, die auf Zeitgewinn abzielten, über den Haufen geworfen.

Der Beschleunigungsplan" der EWG vom 29. März 1960 war einige Zeit heftig umstritten, auch innerhalb der EWG opponierten einzelne Länder gegen den Plan (in Deutschland Industrie und Landwirtschaft). Schließlich wurde er aber doch, mit einigen Modifikationen, am 13. Mai vom Ministerrat der EWG angenommen

Am 12 Juni 1960 veröffentlichte die EWG-Kommission ihren dritten "Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaft". Sie begründete darin den "Beschleunigungsplan" damit, daß die Wirtschaft der EWG-Länder die Entwicklung zum Gemeinsamen Markt bereits in einem Ausmaß antizipiere, daß die ursprünglichen Übergangsfristen überholt erscheinen. Der EWG-Binnenhandel war im Jahre 1959 im III. und IV. Quartal um 241/20/0 und 320/0, und im 1. Halbjahr 1960 sogar um 34% größer als im Vorjahr. Der freie Waren-, Dienstleistungsund Kapitalverkehr sowie die Freizügigkeit der Arbeitskräfte bedingen auch eine Koordinierung und Harmonisierung der Wirtschaftspolitik der einzelnen Staaten. In diesem Sinne wurden eingehende Vorarbeiten auf den Gebieten der Konjunktur- und Strukturpolitik, Finanzpolitik, Wettbewerbspolitik, Sozialpolitik und Agrarpolitik geleistet. Bei stabilen Währungsverhältnissen soll das durchschnittliche jährliche Brutto-Sozialprodukt der EWG künftig um 40/0 bis 50/0 wachsen. Je schneller die Integration sich durchsetze, um so dynamischer, offener und liberaler werde die Handelspolitik des Gemeinsamen Marktes zwangsläufig sein

Die EWG tritt auch nach außen hin als ein selbständiger Faktor in Erscheinung. Ihre Organe sind bei den internationalen Organisationen zugelassen und zahlreiche Staaten haben bei der Gemeinschaft diplo-

matische Vertreter akkreditiert. Die beabsichtigte Fusion der Exekutivorgane der drei europäischen Gemeinschaften — EWG, Montanunion, und Euratom — soll das Europa der "Sechs" organisatorisch noch stärker festigen. Die EWG ist auf Grund der Rom-Verträge juristisch unauflöslich (zum Unterschied von der EFTA, deren Mitglieder jederzeit kündigen können). Sie wird in wenigen Jahren, wie man hofft, vermöge der realen Tatsachen, die sie schafft, auch de facto unauflöslich sein. Daher das Bestreben der EWG-Kommission, unter Ausnützung der gegenwärtig günstigen Konjunktur die Übergangsfristen zu verkürzen und auf dem Gebiete der Wirtschaft eine Situation zu schaffen, der die Politik, wer immer in einigen Jahren in Frankreich, Deutschland und in den anderen EWG-Ländern an der Spitze stehen mag, wird Rechnung tragen müssen.

Während die EWG in den letzten Monaten ihrem Ziele um ein gutes Stück näher gekommen ist, hat sich auch die EFIA zu konsolidieren begonnen. Nachdem es ihr nicht gelungen ist, die EWG in der grundsätzlichen Frage "Zollunion oder Freihandelszone" zum Nachgeben zu zwingen, bemüht sich die FFTA gegenwärtig um einen "modus vivendi", der die Diskriminierung zwischen den beiden Handelsblöcken möglichst vermindern oder hinausschieben soll. Aber alle "pragmatischen Lösungen" (Einräumung bestimmter Kontingente, kompensatorische Zollkonzessionen u. ä.) sind doch nur unzulängliche Aushilfen für eine kurz bemessene Übergangszeit. Auf die Dauer könnten sie die Spaltung Europas in zwei rivalisierende Wirtschaftsblöcke nicht verhindern. Zunächst wenigstens haben sich die Wege getrennt, und alles Gerede über den "Brückenschlag" kann darüber nicht hinwegtäuschen. Daß man sich darüber auch im Lager der EFTA Rechenschaft gibt, geht daraus hervor, daß die EFTA, wie ihr Generalsekretär F Figgures kürzlich erklärte, den beschleunigten Abbau der Handelshemmnisse der EWG nicht mitmachen wird. Auch der Präsident des Europarates, Per Federspiel, äußerte sich in seinen Gesprächen Mitte September in Wien sehr skeptisch über die Aussichten eines wirtschaftlichen "Brückenschlages" zwischen EWG und EFTA in absehbarer Zeit und meint, daß es daher umso notwendiger sei, die Einigung Europas auf politischer Ebene voranzutreiben1).

¹) Der Ministerrat der EFTA am 12 Oktober in Bern war sich darüber einig, daß ein "Brückenschlag" zwischen EWG und EFTA in absehbarer Zeit praktisch nicht erwartet werden könne. Im Schlußkommuniqué werden das Wort "Brückenschlag" und das Verhältnis zur EWG nicht einmal erwähnt.

Primat der Politik im Integrationskonflikt

Die europäische Integration ist in eine Sackgasse geraten, aus der sie zunächst nicht von den Wirtschaftsexperten, sondern nur von den Politikern herausgeführt werden kann. A. Mozer, Kabinettchef bei der Kommission der EWG in Brüssel, hat bei den heurigen Internationalen Hochschulwochen in Alpbach, wo auch einige Referate über das Thema "Großbritannien und der europäische Kontinent" gehalten wurden, rundheraus die politische Frage als das Kernproblem der europäischen Integration bezeichnet. In seinem lebendigen und einprägsamen Vortrag¹) erinnerte Mozer daran, daß in der wechselvollen Geschichte der europäischen Integration der letzten fünfzehn Jahre sich immer wieder politische und wirtschaftliche Ziele und Motive kreuzten und je nach Zweckmäßigkeit bald die einen, bald die anderen in den Vordergrund gerückt werden, daß aber letztlich doch die Politik den Primat behauptete.

Vielleicht war die Profilierung der beiden Integrationsformen EWG und EFTA und die Zuspitzung des Konfliktes wie ein wohltätiges, rettendes Fieber notwendig, um die für das Schicksal Europas verantwortlichen Persönlichkeiten in Politik und Wirtschaft zur Besinnung zu rufen und die Erkenntnis zu vertiefen, daß Europa nicht warten kann, wenn es sich politisch, wirtschaftlich und geistig behaupten will.

Es ist heute sicherlich noch zu früh, von einem Wendepunkt im europäischen Integrationskonflikt zu sprechen. Vielleicht aber waren die Gespräche zwischen de Gaulle, Adenauer und Macmillan in den vergangenen Wochen der Beginn einer neuen Europapolitik, die angesichts der bedrohlichen weltpolitischen Lage ein Gebot der Stunde geworden ist. Diese optimistische Deutung mag zunächst paradox klingen, nachdem durchgesickert ist, daß der französische Regierungschef seine Gesprächspartner für eine Einschränkung der supranationalen Kompetenzen der EWG und für eine Desintegrierung der NATO sowie für eine Stärkung der Befugnisse der nationalen Regierungen gewinnen wollte. Aber gerade dieser Rückfall in die Vorstellungswelt der absoluten Nationalstaatlichkeit scheint Gegenkräfte mobilisiert zu haben, die sich jetzt, ohne Frankreichs Empfindlichkeit zu verletzen, umso entschiedener für eine Stärkung der europäischen und atlantischen Ge-

^{1) &}quot;Die europäischen supranationalen Gemeinschaften in ihrem Verhältnis zu Großbritannien", 30 August 1960

meinschaften einsetzen werden. In diesem Zusammenhang könnte die französischerseits etwas unklar geäußerte Absicht, neben den bestehenden europäischen Wirtschaftsgemeinschaften ein neues Organ der politischen Willensbildung in Europa zu schaffen, positiv gewertet werden, wenn sie zur Schaffung eines politischen Gremiums führt, das die EWG von ihren politischen Funktionen entlastet. In diesem Falle würden sich einzelne Länder, insbesondere die neutralen Staaten, leichter entschließen können, der EWG beizutreten oder sich mit ihr zu assoziieren.

Unter welchen Bedingungen soll nun diese von politischen Zielsetzungen entlastete Assoziierung, wenn Sie wollen, dieser "Brückenschlag" zwischen EWG und EFTA, erfolgen?

Lösung durch eine europäische Zollunion

Ich habe erwähnt, daß mir bereits vor einem Jahr eine europäische Zollunion oder zollunionsähnliche Lösung als der am ehesten zielführende Weg zur Überwindung der Spaltung Westeuropas in zwei rivalisierende Handelsblöcke erschien. Ich freue mich, daß dieser Gedanke heute allenthalben ernsthaft diskutiert wird und viele Fachleute selbst eine Freihandelszone nur unter der Voraussetzung einer Harmonisierung ihrer Außenzölle (und teilweise ihrer Wirtschaftspolitik) für lebensfähig halten. Der Streit geht heute nicht mehr so sehr um das Prinzip, als um die Höhe der zu harmonisierenden Außenzölle, wobei naturgemäß Hoch- und Niederzolländer verschiedene Auffassungen vertreten.

Als besonders bemerkenswert erscheint mir, daß kürzlich (am 10. September 1960) auch der Vorsitzende des Bundesverbandes der deutschen Industrie, F. Berg, in einem Vortrag über "Möglichkeiten und Grenzen der europäischen Integration" am schweizerischen Bankiertag in Interlaken (Schweiz) für eine europäische Zollunion eintrat. Es muß auch dem eingesleischten Anhänger einer Europäischen Freihandelszone zu denken geben, daß sich der Sprecher der deutschen Industrie, obwohl er sicherlich nach wie vor eine große, möglichst liberale europäische Freihandelszone einer relativ protektionistischen europäischen Zollunion vorzöge, zur Konzeption der Zollunion durchgerungen hat

Ich möchte Ihnen einige wichtige Stellen aus der aufsehenerregenden Rede von Präsident Berg möglichst wörtlich nahebringen. Sie werden von seinen Worten stärker beeindruckt sein, als wenn ich Ihnen neuerdings das Konzept einer europäischen Zollunion vortrüge, das ich seit Jahr und Tag verfechte.

Der Gedanke einer europäischen Zollunion wird, wie Präsident Berg in seinem Vortrag ausführte, in vielen Kreisen bereits sehr wohlwollend aufgenommen, wenn auch in der Schweiz und in England noch manche Bedenken geäußert werden Für Großbritannien ergeben sich diese Bedenken aus den besonderen Beziehungen zu den Ländern des Commonwealth Die Schweiz ist über eine Beeinträchtigung ihrer Wettbewerbsfähigkeit im Export besorgt, die aus einer höheren Zollbelastung für Vormaterialien entstehen könnte.

Ich zitiere F. Berg wörtlich:

"Sie wissen, daß die EWG eine Zollunion ist, die einen zusätzlichen politischen Gehalt hat Ich präsentiere Ihnen den Gedanken, die gesamteuropäische Zusammenarbeit in der Form einer Zollunion zu ordnen. Dabei müßte auf eine Reihe der wesentlich politischen Bedingungen, die mit dem EWG-Vertrag verknüpft sind, verzichtet werden.

Den Nachteilen einer Zollunion, die nicht zu bestreiten sind — Berg denkt hier vor allem an die Niederzolländer, die ihre Zölle dem zum Teil erheblich höheren gemeinsamen Außentarif der Zollunion angleichen müssen —, stehen erhebliche Vorteile gegenüber Zunächst würde die Gefahr von Produktionsverschiebungen und Verkehrsverlagerungen als Folge unterschiedlicher Außenzölle ausgeschaltet Das leidige Problem der Ursprungsregeln, über das die Experten jahrelang in der OEEC gestritten haben, würde sich von selbst erledigen

Den besonderen Vorteil einer europäischen Assoziation mit einem gemeinsamen Zolltarif sehe ich darin, daß sie zu einer stärkeren Koordinierung der Handelspolitik führen würde Die großen weltwirtschaftlichen Aufgaben, vor denen wir stehen, können von den westlichen Industrienationen nicht im Wettbewerb gegeneinander gelöst werden. Ich denke dabei an die Abstimmung unserer Politik gegenüber den Entwicklungsländern, denen wir nur gemeinsam helfen können.

Ebenso wichtig sind die Probleme, die sich aus der Existenz zweier grundverschiedener Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme in West und Ost ergeben. Wir können der östlichen Wirtschaftsoffensive, die sich immer stärker auf die Entwicklungsländer konzentriert, nur dann mit Erfolg begegnen, wenn wir unsere Wirtschafts- und Handelspolitik aufeinander abstimmen. Eine solche gemeinsame Politik scheint mit auch gegenüber den asiatischen Niedrigpreisländern notwendig zu sein. Hier stehen wir vor dem Dilemma, daß wir auf der einen Seite diesen Ländern durch vermehrte Abnahme ihrer Produkte helfen müssen, daß damit aber auf der anderen Seite für einige Zweige der europäischen Industrie ernste Existenzfragen aufgeworfen werden

Alle diese Erwägungen — resumiert Berg — sprechen dafür, eine Lösung auf der Grundlage einer europäischen Zollunion ins Auge zu fassen."

Nach Präsident Berg wäre die Zollunion ein Mittelweg zwischen der EWG als Wirtschaftsunion und der EFTA als Freihandelszone.

"Die Konzessionen, die von beiden Seiten gemacht werden müßten, würden sich etwa die Waage halten. Auch der Vertrag von Stockholm geht ja in mancher Hinsicht bereits über den Charakter einer Freihandelszone im ursprünglichen Sinne hinaus."

Für uns Österreicher besonders interessant scheint mir die Feststellung des Präsidenten des Deutschen Industrieverbandes:

"Die Befürchtungen der Niedrigzolländer können sich auch nicht gegen die Zollunion als Prinzip richten, sondern lediglich gegen einen zu hohen gesamteuropäischen Tarif."

Hier wäre nur zu bemerken, daß Österreich, dessen Außenzölle annähernd so hoch sind wie der gemeinsame Außentarif der EWG, glücklicherweise diese Sorgen der Niederzolländer nicht zu teilen braucht.

Nicht minder interessant war, was Präsident Berg über die politischen Vorteile der Zollunion zu sagen hat:

"In politischer Hinsicht würde die Mitgliedschaft in einer Zollunion keinen Verzicht auf staatliche Souveränitätssechte bedeuten Auch solche Länder könnten also beitreten, die aus Gründen der Neutralität politische Bindungen nicht eingehen wollen oder können"

Soweit Präsident Berg. Aber ich möchte mich nicht nur auf ihn berufen, sondern meine Landsleute daran erinnern, daß auch der Generalsekretär des schwedischen Außenhandelsministeriums, Botschafter Leif Belfrage, in seinem Vortrag vor der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik in Wien am 24. Mai 1960¹) klipp und klar erklärte, daß das neutrale Schweden grundsätzlich keine politischen Bedenken gegen eine Zusammenarbeit zwischen EWG und EFTA auf der Basis einer Zollunion habe, sondern aus wirtschaftlichen Erwägungen, mit Rücksicht auf die (vom Standpunkt Schwedens) protektionistisch hohen EWG-Zölle, der EFTA beigetreten ist.

Leif Belfrage erklärte damals:

"Wir haben (dabei) keine doktrinäre Einstellung zur Frage über die Formen der Zollzusammenarbeit zwischen den Sechs und den Sieben. Das Freihandelssystem paßt uns am besten, aber wir wollen nicht die Möglichkeit gemeinsamer äußerer Zölle für gewisse Waren ausschließen.

In diesem Zusammenhang möchte ich hervorheben — fuhr Leif Belfrage fort —, daß wir grundsätzlich keine politischen Bedenken gegen eine internatio-

¹⁾ Leif Belfrage, "Die schwedische Neutralitätspolitik", veröffentlicht in Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, S. 11 ff., Verlag für Geschichte und Politik, Wien, Oktober 1960.

nale Zusammenarbeit in der Form einer Zollunion haben. Wir haben in Schweden während des größten Teiles der Nachkriegszeit eifrig daran gearbeitet, eine nordische Zollunion zustandezubringen, also zwischen Ländern, die außenpolitisch ganz verschiedene Wege gehen. Dagegen sind die wirtschaftlichen Bedenken bei uns groß gewesen, in eine Zollunion mit Ländern einzutreten, die in ihrer Zollpolitik eine mehr protektionistische Linie verfolgen als wir selbst.

Regionale Vereinbarungen über eine gemeinsame äußere Zollpolitik können auch mit solchen Einschränkungen der handelspolitischen Bewegungsfreiheit und der wirtschaftlichen Autonomie verbunden sein, daß sie nicht mit unserer allgemeinen außenpolitischen Zielsetzung vereinbar sind. Die Neutralitätspolitik fordert ja eine gewisse Handlungsfreiheit auch auf dem wirtschaftlichen Gebiet gegenüber allen anderen Staaten. Für ein neutrales Land wie Schweden, das auf einen freien Welthandel eingerichtet ist, bleibt also die Einstellung zur Frage gemeinsamer oder harmonisierter Zölle davon abhängig, inwiefern das Zollniveau für die betreffenden Waren oder Warengruppen auf eine ermäßigte Höhe gesetzt werden kann, aber ist auch davon bedingt, inwiefern unsere wirtschaftspolitische Handlungsfreiheit aufrechterhalten werden kann "

Ergebnis und Schlußfolgerungen für Österreich

Die Abhandlung hat zu zeigen versucht, daß die wirtschaftlichen Interessen Osterreichs, seine Außenhandelsverflechtung, das Niveau der Zölle und die stärkere wirtschaftliche Dynamik eindeutig für eine Assoziierung mit der EWG sprechen

Es wurde dann erklärt, warum Österreich dennoch der EFTA beigetreten ist. Da dieser Beitritt ausdrücklich mit dem Vorbehalt erfolgte, daß zwischen EWG und EFTA in absehbarer Zeit ein "Brückenschlag" erfolgen wird, wurden die Aussichten für diesen "Brückenschlag" eingehend untersucht. Dabei war es notwendig, auf den grundsätzlichen Zwiespalt zwischen einer Zollunion und einer Freihandelszone hinzuweisen. Eine Analyse der politischen und wirtschaftlichen Ziele und Motive der wichtigsten Länder im europäischen Integrationskonflikt, ebenso wie die praktischen Erfahrungen in den beiden letzten Jahren, führten zu dem Ergebnis, daß die Spaltung Westeuropas in zwei Handelsblöcke nicht mehr durch wirtschaftliche Expertisen, deren es genug gibt, sondern nur noch durch einen klasen politischen Willensakt überwunden werden kann. Aber auch wenn sich die verantwortlichen Staatsmänner angesichts der unserer Gesellschaftsordnung drohenden Gefahren und im Bewußtsein ihrer Verpflichtung gegenüber den Entwicklungsländern auf höchster Ebene über die politische Einigung Westeuropas verständigen, bleibt die wirtschaftliche Einigung Europas, die Überbrückung der echten Interessengegensätze zwischen EWG und EFTA ein schwieriges Problem, das nicht von heute auf morgen gelöst werden kann.

Verschiedenes spricht dafür, daß unter den gegebenen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen in Europa eine europäische Zollunion am ehesten zu einer wirtschaftlichen Integration Europas führen könnte. Je rascher die EWG ihren gemeinsamen Außentarif senkt und ihre Wirtschaftspolitik liberalisiert, umso eher und leichter werden die grundsätzlich liberalen Niederzolländer zu einer Verständigung bereit

sein. Wann dieser Augenblick kommen wird, kann nicht vorausgesagt werden. Es kann noch längere Zeit dauern. Vielleicht benötigen die europäischen Regierungen und ihre Kanzleien wieder einen stärkeren außenpolitischen Schock, eine neuerliche akute Bedrohung ihrer Existenz, um sich endlich und endgültig über die politische und wirtschaftliche Einigung Europas zu verständigen.

Aus dieser Diagnose der europäischen Integration ergeben sich für Osterreich zwingende Schlußfolgerungen. Osterreich sollte keine Zeit mehr verlieren und im Einvernehmen mit seinen EFTA-Partnern die Weichen seiner Integrationspolitik in Richtung EWG stellen.

Die Form einer politisch neutralen Zollunion auf der Basis des gemeinsamen Außentarifs der EWG entspräche nicht nur den wirtschaftlichen Interessen Osterreichs — ich habe darauf hingewiesen, daß sich für unser Land, rein wirtschaftlich gesehen, eine Zollunion mit der EWG förmlich aufdrängt —, sondern stünde auch mit unserer Verpflichtung zur völkerrechtlichen Neutralität nicht in Widerspruch.

Ich weiß, daß in diesem Punkt die Meinungen geteilt sind. Nicht nur in Österreich, sondern auch anderswo wird dadurch Verwirrung gestiftet, daß von Anhängern der EFTA vielfach behauptet oder zumindest der Offentlichkeit die Meinung suggeriert wird, ein neutraler Staat könne sich mit der EWG nur auf der Basis einer Freihandelszone, nicht aber auch auf der einer Zollunion assoziieren. Diese Behauptung findet im geltenden Völkerrecht keine Stütze, sondern ist nur eine neutralitätspolitische Auffassung, die einer bestimmten wirtschaftlichen Interessenlage gerecht zu werden sucht. Tatsächlich handelt es sich hier um eine eminent politische Entscheidung, die jedes Land nach seinen besonderen Interessen und Möglichkeiten treffen wird. Die Frage, unter welchen Voraussetzungen auch ein neutraler Staat einer Wirtschaftsgemeinschaft wie der EWG beitreten kann, hat der bekannte österteichische Völkerrechtler Professor A. Verdroß in einem aufschlußreichen Vortrag "Osterreich, die EWG und das Völkerrecht" vor der Gesellschaft für Außenpolitik und Internationale Beziehungen in Wien am 10. Dezember 1959 ausführlich und klar beantwortet:

"Osterreich darf daher keiner Wirtschaftsgemeinschaft beitreten, die uns gegen unseren Willen im Kriegsfall Pflichten auferlegen könnte, die im Widerspruch mit unserer Neutralität stehen Osterreich kann jedoch solchen Wirtschaftsgemeinschaften beitreten, die unsere wirtschaftliche Souveränität, d. h. unsere selbständige Entscheidung im Kriegsfall, nicht beeinträchtigen "

Und folgenden Satz sollten wir uns besonders einprägen:

"Österreich kann auch allein oder in Verbindung mit den anderen Staaten der EFTA mit der EWG solche Verträge abschließen, die unsere wirtschaftliche Souveränität im Kriegsfall unberührt lassen."

Diese Feststellung des prominenten Völkerrechtlers ist außerordentlich wichtig, denn sie räumt ein absichtlich genährtes Vorurteil und Hindernis einer eventuell auch bilateralen Assoziierung Österreichs mit der EWG aus dem Wege.

Wahrscheinlich wird eine entsprechende Initiative Osterreichs bei England mehr Verständnis finden (und vielleicht sogar gefördert werden) als bei den Niederzolländern der EFTA (insbesondere bei der Schweiz), die sich mit dem "protektionistischen" Außentarif der EWG begreiflicherweise schwer befreunden können. England befindet sich zollpolitisch ja in einer ähnlichen Lage wie Osterreich und scheint aus politischen und wirtschaftlichen Erwägungen in wachsendem Maße bereit zu sein, der EWG beizutreten oder sich mit ihr zu assoziieren (was von allen EWG-Ländern mit Ausnahme von Frankreich begrüßt würde), wenn sich dieser Schritt nur irgendwie mit seinen Verpflichtungen und Interessen im Commonwealth in Einklang bringen ließe

Ich verkenne nicht die Schwierigkeiten, die sich auf dem Wege zu einer europäischen Zollunion ergeben, sowohl im europäischen Maßstab, als auch für unser Land selbst. Für die Niederzolländer der EFTA scheint mir eine graduelle Harmonisierung und Annäherung der verschiedenen nationalen Zölle und Zollniveaus, wie sie von Wirtschaftsminister L Erhard empfohlen wurde, wirklichkeitsnäher, als die radikale Lösung durch eine offene europäische Präferenzzone, die von Professor H Bachmann (St. Gallen) zur Diskussion gestellt wurde. (Senkung der Zölle zwischen den Ländern der EWG und EFTA um mindestens die Hälfte, möglichst um 60% bis 70%. Damit würde praktisch die Freihandelszone in die Zollunion der EWG "eingeschmuggelt", was Frankreich nicht akzeptieren wird.)

Sicherlich würde eine Zollunion mit der EWG auch in Osterreich schwierige Probleme aufwerfen, obwohl sich unsere Wirtschaftsstruktur im großen und ganzen gut in die EWG-Struktur einfügen ließe und unser Zollniveau dem gemeinsamen Außentarif der EWG sehr nahe kommt. Eine Zollunion würde nicht nur von unseren Unternehmern, sondern vor allem auch von unseren Wirtschaftspolitikern, Beamten in

den Ministerien, von Kammern und Gewerkschaften eine teilweise neue geistige Einstellung zu den Wirtschaftsaufgaben unserer Zeit verlangen.

Aber wo ein politischer Wille, ist bekanntlich auch ein wirtschaftlicher Weg. Viele Wirtschaftshindernisse und Schwierigkeiten, die sich
in der Phantasie der Wirtschaftstreibenden und der Wirtschaftspolitiker
auftürmen, erweisen sich oft als weit übertrieben. Das hat die Liberalisierung der Importe bewiesen und in jüngster Zeit auch Deutschland,
als seine Industrie und Landwirtschaft einmütig gegen den Beschleunigungsplan der EWG opponierten.

Ich könnte mir vorstellen, daß sich die europäischen Politiker auf höchster Ebene über einen "Brückenschlag" zwischen EWG und EFTA grundsätzlich einigen und vielleicht einen multilateralen Rahmenvertrag schließen, der durch bilaterale Abkommen, die auf die spezifischen Probleme und Möglichkeiten der einzelnen EFTA-Länder Bedacht nehmen, zu ergänzen wäre. Dieser Vorschlag ist nicht neu, ähnliche Gedanken wurden von Außenminister B. Kreisky schon vor einiger Zeit geäußert. Osterreich aber könnte auf diesem Wege den ersten Schritt tun, weil seine wirtschaftlichen Verhältnisse mehr als die anderer Länder es gebieten und weil auch seine neutralitätspolitische Situation es erlauben würde.

Osterreich könnte damit Vorbild und Modell einer echten und rasch wirksamen Assoziierung zwischen EWG und EFTA werden. Für England schüfe Osterreich ein wertvolles Präjudiz für seine eigenen Bestrebungen. Aber auch die Niederzolländer der EFTA, die sich zu diesem Schritt vielleicht erst etwas später entschließen werden, sobald die verschiedenen Zollniveaus dank einer liberalen Außenhandelspolitik der EWG einander näher gekommen sind, könnten am Modell Osterteich wertvolle Erfahrungen für ihre eigene Assoziierung sammeln. Unser Vaterland würde so einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Einigung Europas leisten.

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. Verantwortlich: Prof Dr Franz Nemschak. Alle Wien, I., Hoher Markt 9 Druck: Carl Ueberreuter (M. Salzer), Wien, IX., Alser Straße 24.

Veröffentlichungen des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung seit dem Jahre 1945

Monatsberichte, Jg I-XXXIII (1927-1960)

Beilagen zu den Monatsberichten

1 Die wirtschaftliche Lage Englands Juni 1947.

Nr. 2 Das Kraftfahrwesen Osterreichs im Jahre 1947. August 1947 Nr. 3 Die wirtschaftliche Lage Ungarns November 1947

4 Die Ernährungsbilanz Österreichs im Wirtschaftsjahr 1946/47 Dezember 1947 Νr Nr 5 Gegenwartsprobleme der Weltwirtschaft Jänner 1948.

Nr. 6 Das Außenhandelsvolumen Osterreichs im Jahre 1947. Februar 1948. Nr. 7 Das österreichische Preissystem und seine Veränderungen nuch dem Währungsschutzgeseiz. April 1948.

Nr. 8 Die österreichische Lohnpolitik seit Kriegsende, Marz 1949.

Nr. 9 Der Index der österreichischen Industrieproduktion. November 1949

Ni 10 Der Preisindex für Bauleistungen April 1950.

- Nr 11 Beschäftigung und Produktivität im österreichischen Berghau von 1913 bis 1959 Juli 1950
- Nr. 12 Ertragssteigerung der österreichischen Landwirtschaft durch intensivere Verwendung von Handelsdünger. August 1951.
- Nr. 13 Osterreichs Beschäftigtenstruktur in den Jahren 1938, 1948 u. 1950 Jän. 1951. Nr. 14 Ein neuer Index der Einzelhandelsumsätze. April 1951 Nr. 15 Das fünfte Preis-Lohn-Abkommen. August 1951.

Nr. 16 Osterreichs Außenhandel seit Ausbruch des Koreakonfliktes. September 1951.

Nr. 17 Lohnkosten und Wettbewerbslage. Juli 1952. Nr. 18 Die Krise in der österreichischen Textilindustrie. November 1952.

Nr. 19 Die Stellungnahme der Exportindustrie zur Kursvereinheitlichung. Mai 1953. Ni. 20 Osterreich und das europäische Zahlungsbilanzproblem Juli 1953.

Nr. 21 Ein Index der Bruttoinvestitionen. August 1953. Nr. 22 Zur Frage des Wohnungsdefizites in Osterreich. Oktober 1953.

Nr. 23 Wirtschaftliche Aspekte der österr. Bevölkerungsentwicklung Nov. 1953

Nr. 24 Zur Reform des österreichischen Zolltarifes. Februar 1954. Nr. 25 Usterreichs Eisenexport und die Montan-Union. April 1954.

Ni. 26 Die Belastung der Lebenshaltungskosten mit indirekten Steuern. Mai 1954. Ni. 27 Die österreichische Wohnungswirtschaft. Oktober 1954

Nr. 28 Der Teilzahlungskredit in Usterreich. Oktober 1954. Nr. 29 Die Kapazılätsreserven der österreichischen Industrie März 1955.

Nr. 30 Lohnkosten und Produktivität in Osterreich und im Ausland. Juni 1955.

Nr. 31 Die österreichische Konjunktur Mitte 1955. Juni 1955.

Ni. 32 Zur Statistik der Lohneinkommen. Juli 1955.

Nr. 33 Usterreichs Wirtschuftsverkehr mit der Sowjetunion. Dezember 1955.

Ni 34 Zur Kreditversorgung der österreichischen Industrie Eine Sondererhebung des Konjunkturtestes. Dezember 1955

Nr. 35 Die österreichische Mühlenwirtschaft. April 1956.

Nr 36 Das Volkseinkommen in den Jahren 1954 und 1955. Mai 1956

Nr 37 Produktionsvolumen und Produktivität der österr. Landwirtschaft. Juni 1956. Nr. 38 Vergleich der Wohnungsbaukosten in Osterreich und der Deutschen Bundesrepublik. Juli 1956

Nr. 39 Die österreichische Brauindustrie. September 1956

Nr 40 Neuberechnung des Index der Einzelhandelsumsätze. September 1956

- Nr. 41 Preise und Austauschrelationen im österreichischen Außenhandel 1924 bis 1955 Oktober 1956.
- Nr. 42 Der österreichisch-sowjetische Wirtschaftsverkehr seit dem Staatsvertrag. November 1956

Nr 43 Osterreichs Volkseinkommen im Jahre 1955 Dezember 1956

- Nr 44 Der künftige Bedarf an Personenkrastwagen in Osterreich. März 1957.
- Nr 45 Der technische und naturwissenschaftliche Nachwuchs in Usterreich April
- Nr. 46 Der österreichisch-sowjetische Wirtschaftsverkehr im Jahre 1956. Mai 1957
- Nr 47 Die Wertschöpfung der österreichischen Land- und Forstwirtschaft in den Jahren 1937 und 1949 bis 1956. Juli 1957

Nr 48 Probleme der osterreichischen Elektrizitätswirtschaft. Oktober 1957.

- Nr 49 Der Obst-, Gemüse- und Weinbau Osterreichs in einem integrierten europäischen Markt. Oktober 1957
- Nr. 50 Lohneinkommen und Lohnstruktur in Osterreich November 1957
- Ni 51 Osterreichs Volkseinkommen im Jahre 1956 Dezember 1957



Veröffentlichungen des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung seit dem Jahre 1945

Fortsetzung

Beilagen zu den Monatsberichten

- Nr. 52 Die Schichtung der persönlichen Einkommen in Osterreich Juli 1958. Nr. 53 Der österreichische Osthandel. August 1958
- Nr. 54 Löhne, Gehälter u. Masseneinkommen in Osterreich 1950/57. Oktober 1958. Nr. 55 Der Güter-Werkverkehr mit Kraftfahrzeugen in Industrie und Großhandel November 1958:
- Nr. 56 Osterreichs Volkseinkommen im Jahre 1957. Dezember 1958.
- Nr. 57 Einkommenselastizitäten im österreichischen Konsum. Februar 1959. Nr. 58 Die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes in Osterreich Februar 1959
- N1. 59 Die Automatisierung des Fernsprechverkehrs in Osterreich. September 1959. Nr. 60 Die Verteilung des Volkseinkommens nach Bundesländern. Dezember 1959.
- Nr. 61 Osterreichs Volkseinkommen im Jahre 1958 Dezember 1959. Nr 62 Die langfristigen Probleme der österreichischen Forst- und Holzwirtschaft. Februar 1960.
- Nr. 63 Auswirkungen der EWG und der EFTA auf den österreichischen Außenhandel. Juli 1960.
- Nr. 64 Entwicklung, Struktur und Tendenzen der österreichischen Energieversorgung. Oktober 1960.

Sonderhefte

- Nr. 1 Gedanken zur Neuordnung der österreichischen Währung. 1945. (Vergriffen)
- Ni. 2 Die Energiegrundlagen der österreichischen Wirtschaft. März 1946.
 Nr. 3 Der Wiener Wohnungsbedarf und die Wohnbausinanzierung. November 1946
- Nr. 4 Umstellung der Wirtschaft auf heimische Energiequellen. Mai 1947
- Nr. 5 Gesamtschau der österreichischen Wirtschaft im Jahre 1947. April 1948.
- Nr. 6 Die Produktivität der österreichischen Industrie. Mai 1949. Nr. 7 Gesamtschau der österr. Wirtschaft in den Jahren 1948/49 Sept. 1959 Nr. 8 Die österreichische Papierindustrie. März 1951.
- Nr. 9 Wie wirkt die Ausgabe einer zusätzlichen Milliarde Schilling? März 1956
- Nr. 10 Die österreichische Erdölwirtschaft. Februar 1957. (Vergriffen.) Nr. 11 Zur Berechnung von Indizes der Produktivität Dezember 1957.
- NI 12 Neue Indizes der Verbraucherpreise. April 1959.

Schriftenreihe "Vorträge und Aufsätze"

- Nr. 1 Dr. Franz Nemschak: Hauptprobleme der österreichischen Wirtschaftspolitik Februar 1947.
- Nr. 2 Dr. Rolf Grünwald: Zur Methodik der Wirtschaftsplanung. April 1947.
- Nr. 8 Dr. Franz Nemschak: Osterreichs Weg aus der Bewirtschaftung zur Marktwirtschaft. Oktober 1948. Nr. 4 Dr. Franz Nemschak: Der Weg zu einem gesamtwirtschaftlichen Konzept.
- Dezember 1951.
- N1. 5 Zum 25jährigen Bestand des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung. November 1952. Nr. 6 Dr. Franz Nemschak: Usterreichs Wirtschaft im Übergang von der Stabili-
- sierung zur Expansion. April 1953.
- Nr. 7 Dr. Franz Nemschak: Offentliche und private Wirtschaft im Dienste der Gesamtwirtschaft. Oktober 1953.
- Nr. 8 Dr. Franz Nemschak: Liberalisierung und Zollpolitik in Österreich. Juli 1954. Nr. 9 Dr. Franz Nemschak: Investitionssinanzierung und Kapitalmarkt. Okt. 1954.
- Nr. 10 Dr. Franz Nemschak: Konjunkturstabilisierung, gegenwürtig das Haupt-problem der österreichischen Wirtschaftspolitik November 1954.
- Nr. 11 Dr Franz Nemschak: Osterreichs Wirtschaft nach dem Staatsvertrag. Längerfristige Aspekte Dezember 1955
- Nr. 12 Dr. Franz Nemschak: Die Zukunft der österreichischen Wirtschaft Osterreich und die europäische Integration. September 1959.
- Nr. 13 Dr. Franz Nemschak: Aspekte der österreichischen Konjunkturpolitik im Herbst 1960 Okt. 1960
- Nr. 14 Dr. Franz Nemschak: Osterreich und die europäische Integration. Nov. 1960.

Dr. Franz Nemschak: Zehn Jahre österreichische Wirtschaft 1945-1955. Wien 1955. Usterreich und die europäische Integration. Wien 1957.

Osterreichs Industrie und der europäische Markt, 1. Teil. Wien 1957. Osterreichs Industrie und der europäische Markt, 2 Teil Wien 1958

